

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.
Lufthansa

A STAR ALLIANCE MEMBER

Sonnabend, 28. August 2004

115. Jahrgang Nr. 31.473

„Wir fordern Sicherheit“

Die dritte Protestkundgebung Blumbergs vor dem Kongress

Buenos Aires (AT/AG) – „Wir organisieren die Demonstration, weil sich seit dem 1. April nichts getan hat auf dem Gebiet der Sicherheit. Die Situation hat sich nur verschlechtert. Es gibt immer mehr Entführungen und die Menschen sind überdrüssig geworden, in Angst zu leben, dass sie potenzielle Opfer sind,“ mit diesen Worten begründete Juan Carlos Blumberg, Vater des Anfang des Jahres entführten und erschossenen Axel Blumberg, den Aufruf zu der dritten Protestdemonstration für die Sicherheit.

Am Donnerstagnachmittag überreichte er, begleitet von Susana Chaia und Carlos Garnil, Eltern des für 21 Tage verschleppten Ni-

colás, sowie Christian Ramaro, einem Entführungsoffer, den Kongressabgeordneten eine neue Petition. Gefordert wird unter anderem: Einrichtung von Geschworenengerichten für Morddelikte bzw. Vergewaltigungen oder Entführungen, die mit Mord enden, Neuregelung des Strafmündigkeitsalters, Gefängnisstrafe für den Besitz von Schusswaffen, fälschungssichere Personalausweise, Einrichtung einer zentralen Untersuchungsbehörde für das ganze Land, Satellitenüberwachung von Mobiltelefonen, Reform des Strafsystems und mehr Mittel für die Justiz.

Mit einer Verzögerung von 40 Minuten, da die Polizei, laut Organisatoren, durch die Absperrung

des Stadtverkehrs das Zusammenkommen behinderte, begann der offizielle Akt. „Uns wurden viele Steine in den Weg gelegt, die Brücken wurden abgesperrt, doch sind wir jetzt hier. Wir fordern Gerechtigkeit und Sicherheit“, sagte Juan Carlos Blumberg vor der versammelten Menge.

Die Organisatoren geben die Teilnehmerzahl mit 180.000 an. Nach Schätzungen der Bundespolizei und der Presse waren auf dem Platz vor dem Kongress etwa 75.000 Personen anwesend. Später korrigierte der Polizeichef Néstor Valleca die Zahl auf 30.000. Im Gegensatz zu den ersten beiden Demonstrationen waren diesmal keine Piqueteros und keine ärmere Be-

völkerung vertreten, die Demonstranten bestanden im wesentlichen aus der gehobenen Mittelschicht aus den nördlichen Teilen der Stadt und des Großraums Buenos Aires.

Nach seiner Rede begab sich Juan Carlos Blumberg zur Provinzvertretung von Buenos Aires, wo er eine zweite Petition einreichte. Er wurde vom Gouverneur Felipe Solá mit einem Schreiben empfangen, in dem eine konkrete Antwort auf alle seine Kritikpunkte gegeben wurde. Dem Treffen schloss sich eine Pressekonferenz an.

Von der Seite der Staatsregierung wurde die Kritik geäußert, die Protestkundgebungen nähmen langsam einen politischen Charakter an.

Zwei Tage Protest

Radikale Piqueteros forderten Arbeit und Sozialunterstützung

Buenos Aires (AT/AG) - Die angekündigten massiven Protestdemonstrationen der Piqueteros begannen am Mittwoch im Zeichen der Festnahme des ultraradikalen Führers Raúl Castells. Der Chef der Bewegung Unabhängiger Rentner und Arbeitsloser (MIJD) wurde kurz vor Beginn der Demonstrationen an einer Tankstelle in der Provinz Santa Fe verhaftet. Die Justiz der Provinz Chaco erließ Haftbefehl wegen der Besetzung des Kasinos „Gala“ in Resistencia am 16. Juli, während der die Piqueteros 11.000 Pesos kassiert haben. Bei der Festnahme verhielt sich Raúl Castells ruhig, doch rief er über seinen Sprecher Ovidio Pepe zu einer Manifestation am kommenden Dienstag gegen die politische Verfolgung der Leiter sozialer Bewegungen auf.

Etwa 8000 Mitglieder des Nationalen Piquetero-Blocks und anderer Gruppierungen marschierten am Mittwoch vom Sozialministerium, wo sie von Sergio Berni, dem Abteilungsleiter für Hilfe in Notfällen, empfangen wurden, bis zu den Gebäuden der Erdölunternehmer Repsol YPF und Shell. Danach setzten sie ihren Marsch auf der Straße Diagonal Norte bis zum Regierungsgebäude fort.

Eine zweite Piquetero-Gruppe, die Bewegung Teresa Rodríguez, organisierte eine Demonstration zu den Energieunternehmen Edenor und Edesur. Mit der Forderung an die Regierung, das Recht auf Stromversorgung zu sichern, verlangten sie von den Unternehmen niedrigere Energietarife und das Nichtabschalten des Stroms bei unbezahlten Rechnungen. Von dort aus begaben sie sich zum Arbeitsministerium.

Die dritte Aktion des Tages, die auch am Donnerstag wiederholt wurde, war die Blockierung der Pueyrredón-Brücke. Etwa 300 Mitglieder der Bewegung Arbeitsloser Arbeitnehmer Anfbal Verón und der

Klassenbewussten Kampforganisation (CCC) gedachten auf der Brücke des Todestages von Darío Santillán und Maximiliano Kosteki, ihrer zwei vor 26 Monaten von der Polizei erschossenen Mitkämpfer.

Am Mittwochnachmittag schlugen die radikalen Piqueteros vor dem Regierungsgebäude auf der Plaza de Mayo etwa 50 Zelte auf. Die Straße Diagonal Norte blieb, entgegen der Ankündigung, über die Nacht unbesetzt. Etwa 1200 Piqueteros übernachteten auf dem Platz und hielten ihn bis zum Donnerstagnachmittag besetzt.

Eine weitere Gruppe der „harten“ Piqueteros (FMFTDC) verhinderten am Donnerstagsvormittag fünf Stunden lang die Arbeit an den Fahrkartenschaltern am Bahnhof Constitución. Ihre Forderungen bezogen sich auf Arbeitsplätze und Wiederverstaatlichung der Bahngesellschaft. Die Mitarbeiter der Bahngesellschaft feierten ihrerseits die 100. Besetzung des Bahnhofs durch die Piqueteros.

In siebzehn Provinzen wurden am Mittwoch und Donnerstag ähnliche Protestbekundungen durchgeführt. Auf der Autobahn La Plata-Buenos Aires verlangten Piqueteros Sozialunterstützung. Auf der Brücke, die die Provinzen Chaco und Corrientes verbindet, kam es zu Spannungen zwischen der Polizei und den Piqueteros, die die Freilassung von Raúl Castells verlangten.

Forderungen

- Sozialunterstützung für alle Arbeitslosen
- Erhöhung der Sozialhilfe auf 350 Pesos
- Beschaffung fester Arbeitsplätze
- Verkürzung des Arbeitstages auf sechs Stunden
- Einstellung der Prozesse gegen Piqueteros
- Erhöhung des Mindestlohns auf 800 Pesos

Negative Bilanz der Verfassungsnovelle

Ein eigenartiges Paradoxon kennzeichnet die argentinische Politik. Wie die Geschichte beweist, ist die Landespolitik denkbar instabil mit gewaltigen Krisen, die die Regierungsfähigkeit immer wieder in Frage stellen. Auf der anderen Seite besteht die Verfassung seit über andert-halb Jahrhunderten mit einigen Reformen und mehreren Unterbrechungen nach wie vor als grundsätzliches Regelwerk eben der unstabilen Politik.

Das Paradoxon ist schwer zu erklären. Die Landespolitiker achten die Verfassung nur so weit, wie sie ihren Interessen entspricht, kehren aber immer wieder zu ihren liberalen Grundzügen zurück. Mit der US-Verfassung von 1787 und der Schweizer Verfassung von 1848, beide mit zahlreichen Novellen, gilt das argentinische Grundgesetz seit 1853, wiewohl mit einigen Reformen (1960, 1862, 1898, 1957 und 1994), sowie der Unterbrechungen durch Militärputschs und der peronistischen Verfassung von 1949, die 1955 abgeschafft wurde. Ältere Verfassungen als besagte drei gelten längst nicht mehr und wurden durch andere Grundgesetze abgelöst.

Die letzte Verfassungsnovelle wurde vor zehn Jahren, am 24. August 1994, in Santa Fe erlassen. Sie hat das grundsätzliche Regelwerk von 1853 nicht angetastet, sondern nur Reformen verfügt. Der Fluch der bösen Tat dieser Verfassungsnovelle entspringt dem berühmten Pakt von Olivos, wo sich der damalige Präsident Carlos Saúl Menem mit seinem Vorgänger und seinerzeitigem UCR-Parteimacher sowie Oppositionschef Raúl Alfonsín am 14. Dezember 1993 darauf geeinigt hatten, die Zweidrittelmehrheit im Kongress zu garantieren, damit eine durch Volkswahl einzuberufende Konstituante die Wiederwahl Menems und als Gegenleistung den dritten Senator je Gliedstaat sowie andere Reformen verbrieft könne, was folgerichtig geschah.

Der Pakt zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionschef glich einem Kuhhandel zugunsten neuer Staatsposten. Der dritte Senator sicherte den Radikalen als zweitgrösste Partei nach den Justizialisten eine Vertretung im Oberhaus. Hinzu kam der Richterrat mit zahlreichen neuen Posten für befremdete Juristen sowie eine Amtsstelle, die überflüssige Kontrollen der Staatsverwaltung einführte. Es gab längst bereits zwei solche Staatsstellen. Die Novelle führte die direkte Wahl des Präsidenten statt der Wahlmänner in jedem Gliedstaat wie in USA ein, womit die Macht der bevölkerungsreichen Provinzen gestärkt und Verhandlungen in Krisenfällen verhindert wurden. Menem wurde wiedergewählt, was ihm später zum Verhängnis wurde. Wäre das vorherige Regelwerk der Verfassung nicht geändert worden, hätte Menem seine sechsjährige Amtsperiode ohne nachfolgende Wiederwahl 1995 vollendet und hätte 2001 wieder kandidieren können. Damals hätte Menem eine zweite

sechsjährige Amtsperiode bis 2007 sicherlich gewinnen können. Seine zweite vierjährige Periode von 1995 bis 1999 ruinierte sein politisches Ansehen, unterliess er es doch in Hinblick auf eine abermalige Verfassungsreform zwecks nochmaliger Wiederwahl die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen und verursachte eine uferlose Verschuldung, die sein Nachfolger De la Rúa fortsetzte. Die Wiederwahl scheiterte im Obersten Gerichtshof und das Debakel Ende 2001 erwies sich wie eine selbsterfüllende Prophezeiung als unabwendbar.

Die Verfassungsnovelle von 1994 erschöpfte sich in mehreren Verbesserungen der Rechte und Garantien, deren Kern von 1853 unangetastet blieb, wie Habeas Corpus, Habeas Data, einstweilige Verfügungen ("amparos"), Volksinitiativen und -befragungen, Verteidigung des Wettbewerbs und der Nutzniesser öffentlicher Dienste sowie der Konsumenten, neue Garantien der Pressefreiheit, die Verankerung internationaler Konventionen und die Teilautonomie der Stadt Buenos Aires. All das hätte auch mit normalen Gesetzen ohne Verfassungsnovelle erreicht werden können.

Der Kongress hat sich in zehn Jahren schwer getan, einige Auflagen mit Gesetzen zu erledigen, die die Novelle ihm vorschrieb. Die parlamentarische Ratifizierung der Notstandsdekrete hätten reglementiert werden sollen, was mit dem Ergebnis unterblieb, dass die Präsidenten seither den Kongress mit solchen Dekreten immer wieder umgingen. Die vom Kongress an die Exekutive delegierten etwa 2.000 Gesetze seit 1853 hätten ratifiziert oder abgeschafft werden sollen, was auch nicht geschah, so dass der Kongress bereits drei Mal bemüht werden musste, um diese Gesetze zu verlängern. Die Verteilung der Bundessteuern, Spanisch genannt "coparticipación impositiva", hätte vor Ende 1996 neu gestaltet werden sollen, was ebenfalls unterblieb. Öffentliche Dienste hätten durch Gesetz überwacht werden sollen, doch das geschah nur im Fall von Strom und Gas. Die übrigen Bereiche wurden nur per Dekret geregelt.

Der 1994 zwecks Abschwächung der angeblichen Übermacht des Präsidenten vorgesehene Kabinettschef entpuppte sich als ein Präsidialsekretär mit einigen Vollmachten und mehr Bürokratie, die die Ministerien überlappt. Als Krisenmanager versagte der Kabinettschef eindeutig Ende 2001 mit dem damaligen Debakel.

Insofern ist das Fazit der zehnjährigen Verfassungsnovelle denkbar negativ. Mit der Verfassung, wie sie bis August 1994 galt, hätten die Probleme per Gesetz gelöst werden können, ohne eine mühselige und kostspielige Reform in Angriff zu nehmen. Der Präsident ist heute mächtiger als damals. Begehrte Staatsposten haben dank der Novelle zugenommen. Was offenbar zu beweisen war.

Mehr Polizei in San Isidro

Buenos Aires (AT/AG) - Seit Montag wird die öffentliche Ordnung in San Isidro von zusätzlich 80 speziell ausgebildeten Polizisten überwacht. Unter der Leitung des kommandierenden Generals außer Dienst, Enrique Galesio, wird ab nun die Polizei der Provinz von Buenos Aires von der Sondertruppe zur Bekämpfung Schwerverbrechen, wozu auch die Entführungen zählen, unterstützt.

Die besonders prekäre Sicherheitslage in San Isidro ist der Grund für die erfolgte polizeiliche Verstärkung. Von 132 Entführungen, die dieses Jahr gemeldet wurden, geschahen die meisten im Bezirk San Isidro, zu dem Pilar, Vicente López, San Fernando und Tigre gehören. Sogenannte Blitzentführungen würden die bekannte Zahl erheblich erhöhen, doch diese kommen häufig erst gar nicht zu Anzeige.

Für San Isidro waren bis dahin 560 Polizisten zuständig, wovon etwa hundert im Ressort für Schwerverbrechen beschäftigt waren. Darüber hinaus wurden bereits in das bestehende Polizeikontingent jeweils 40 Personen von der Bundespolizei, dem Grenzschutz und der Küstenwache eingegliedert.

Doch zeichnet sich der Großraum Buenos Aires mit seinen vielen Armengebieten durch große soziale Unterschiede aus. Die hohe Kriminalitätsrate, insbesondere die Entführungsdelikte, waren am vergangenen Wochenende, verstärkt durch die dritte angekündigte Demonstration von Juan Carlos Blumberg und den offenen Brief von Susana Garnil, ein dringliches Zeichen für die Staatsregierung.

Randglossen

Ohne den neuen Justizminister Rosetti zu benachrichtigen, der sich in Paris für eine Verhandlung vor dem Schiedsgericht befand, verfügte Präsident Kirchner in der Vorwoche, dass das Sicherheitssekretariat vom Justiz- auf das Innenministerium wechselt. In der Folge erhält Innenminister Anibal Fernández die Kontrolle über die Bundespolizei, den Grenzschutz, die Marinepräfektur und die Luftfahrtpolizei, wie es bis vor zwei Jahren war. Damals verlagerte Präsident Duhalde die Sicherheitspolitik in das Justizministerium unter dem gleichen Sicherheitssekretär Iribarne wie jetzt. Das Sicherheitsproblem hat in Argentinien derzeit höchste Priorität, damit Erpressungen, Entführungen, Raub, Mord und Diebstahl Einhalt geboten wird. Die verängstigte Bevölkerung wünscht dem Innenminister baldigen Erfolg.

Die täglichen Aufmärsche und Kundgebungen mit verummten und mit Stöcken bewaffneten Aktivisten treiben neue Blüten. In Pico Truncado, Patagonien, gab YPF-Repsol, das grösste Unternehmen im Land, dem Druck massiver Kundgebungen nach und erklärte sich bereit, die Einstellung von 400 Arbeitslosen in der Gemeinde zu finanzieren. Im Unternehmen gab es keine freien Arbeitsstellen. In Caleta Olivia, ebenfalls in Patagonien, bedrängen mehrere hundert Arbeitslose die Gemeinde, damit sie mit einem Gehalt von 700 Pesos im Monat eingestellt werden, anstatt nur 150 Pesos Subvention für Familienvorstände. Der Bürgermeister, der der Einkreisung seines Amtssitzes entfliehen konnte, weigert sich mit dem einfachen Argument, dass die Gemeindefinanzen die Kosten nicht finanzieren können. Solche Beispiele, wie man zu bezahlten Stellen kommt, ohne arbeiten zu müssen, werden sicherlich Schule machen, solange Regierung und Justiz tatenlos zusehen, wie die Verfassung und die Strafgesetze missachtet werden. Bedenklich.

Straßenbahn-Renaissance

Die Linie Retiro-La Boca würde die nördlichen und südlichen Stadtteile verbinden

Von Akvile Galvosaitė

Buenos Aires – Ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Idee, die Straßenbahn als öffentliches Verkehrsmittel in Buenos Aires wieder zu beleben, wurde getan. Am Donnerstag überreichte Manuel E. Fernández, „Präsident der Republik San Telmo“, Silvana Canziani, der Beraterin der Stadtabgeordneten Beatriz Baltroc, zwei Hefter mit 10.000 Unterschriften. Die Befürworter der Straßenbahn wollen mit diesen in den Stadtteilen San Telmo und La Boca gesammelten Unterschriften der Stadtregierung ihr Interesse signalisieren.

Zufälligerweise am selben Tag beschloss die Stadtlegislatur, dass die Exekutive in der nächsten Zeit über dieses Projekt entscheiden soll. In der ersten Septemberhälfte entscheidet sich demzufolge die Umsetzung des Projekts.

Die von Edgardo Malaroda, dem ehemaligen Handelsattaché Argentiniens in der Schweiz, und dem schweizerischen Architekten argentinischer Abstammung, Pablo Valladares, gefasste Idee war,

die Stadtteile Retiro, Puerto Madero, San Telmo und La Boca durch zwei Straßenbahnlinien zu verbinden. Für die aus touristischer Sicht attraktive Strecke und die bisher fehlende direkte Verbindung genannter Stadtteile wurden nach Verhandlungen mit der Stuttgarter Straßenbahnen A. G. 35 generalüberholte Straßenbahneinheiten für den symbolischen Preis von 5000 EUR gewonnen.

Nach der Versetzung Edgardo Malarodas nach Buenos Aires bekam die bereits in der Regierungszeit des Präsidenten Fernando De la Rúa an Argentinien herangetragene Idee neuen Auftrieb. Als erstes wurde die Unterschriftensammlung organisiert, um den Willen der Stadtbevölkerung zu manifestieren. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Reise des Puerto Madero-Präsidenten nach Stuttgart vor zwei Monaten, wo zwischen beiden Parteien ein Vorvertrag unterschrieben wurde, der nun von der Stadtregierung ratifiziert werden soll.

„Wir hoffen, dass die Stadtre-

gierung und die Nationalregierung diesen Vertrag unterschreiben“, sagte der deutschstämmige Edgardo Malaroda. Die ausgehandelten Bedingungen seien äußerst günstig, da mit der Straßenbahnlieferung nicht nur Ersatzteile, sondern auch technische Matrizen geschickt werden, die es ermöglichen würden, in der Zukunft die Wagen selber herzustellen. Außerdem sei der Ausbau des Straßenbahngleisbettes für 3000 Pesos pro Kilometer viel kostengünstiger als die U-Bahn.

„Für mich steckt da viel Philosophie dahinter“, schloss Edgardo Malaroda seine Ansprache ab. Schließlich besaß Buenos Aires vor noch nicht so langer Zeit eins der größten Straßenbahnnetze in der Welt.

Auch Manuel E. Fernández sieht in der Straßenbahn ein altes Verkehrsmittel, das mit vielen Erinnerungen verbunden ist und das heute eine wichtige touristische und soziale Funktion erfüllen würde. Die Verwirklichung des Projekts würde ein Geschäft für das

Land und die künftigen Hersteller bedeuten, plädierte er dafür in seiner Ansprache.

„Straßenbahn ist ein exzellentes umweltfreundliches Verkehrsmittel, das die Stadtteile verbinden würde, zwischen denen heute keine Verbindung besteht“, unterstrich die Beraterin Silvana Canziani. „Die südlichen Stadtteile brauchen Neubelebung“, sagte Canziani, die darüber hinaus in der Kommission der Mitbürger der Straßen Irala und Adyacencias tätig ist und die gegen die Abspaltung der südlichen Stadtviertel von den nördlichen kämpft.

Als Präsident des Stadtteils Barracas setzt sich Raúl Benítez für die unbedingte Verlängerung der Strecke ein. „In Barracas gibt es alte Straßenbahnwerkstätten“, ist das Argument von Benítez, der behauptet, sich auf den ersten Blick in das Projekt verliebt zu haben. Der Präsident des Mitbürgervereins aus Recoleta, Miguel Jorge Lantermino, hält dagegen soziale Probleme und gesundheitliche Betreuung für wichtiger.

WOCHENÜBERSICHT

Digitale Ära

Das Bildungsministerium startet die Kampagne „Digitale Alphabetisierung“, während der 1200 Schulen und andere Bildungseinrichtungen mit kostenlosen Computern ausgestattet werden. Am Montag wurde der Startschuss für die Verteilung der ersten 10.000 Rechner gegeben. Die Computerisierung der Schulen werde „einen fundamentalen kulturellen Wandel“ bedeuten, sagte Bildungsminister Daniel Filmus auf der offiziellen Übergabeveranstaltung. Die ersten Rechner gehen an 706 Schulen mit knappen finanziellen Mitteln, 369 technische Bildungszentren und 200 Lehrerbildungseinrichtungen.

Interessen

Für die nächste Woche ist ein Treffen von Staatspräsident Néstor Kirchner mit den führenden Vertretern des Episkopats geplant. Kurz vor dem Eucharistischen Nationalkongress, das ab dem kommenden Mittwoch Tausende von Katholiken in Corrientes versammeln wird, strebt die Regierung die Verbesserung der bestehenden Beziehung an. Die Probleme der sozialen Krise sowie die Abtreibung, die von manchen öffentlichen Einrichtungen befürwortet wird, sind die vorrangigen Fragen, an denen die Kirchenleitung interessiert ist.

Kulturlandschaft

Auf Initiative von Aníbal Ibarra, dem Regierungschef von Buenos Aires, soll der Küstenstreifen von La Boca bis Palermo zur Kulturlandschaft der Unesco erklärt werden. Am Donnerstag unterbreitete er dem Bildungsminister Daniel Filmus den Vorschlag, darauf stellte der Minister in seiner Funktion als Präsident der Nationalkommission mit dem Vorschlagsrecht für Unesco den Antrag. Eine einmalige Verbindung des menschlichen Schaffens im Einklang mit der Natur soll Buenos Aires den Titel „Erbe der Menschheit“ verleihen. Historische und moderne Urbanisierungsprozesse, soziale Zentren, die ihre kulturellen Aktivitäten an die natürlichen Gegebenheiten anpassen, und starke kulturelle Symbole, wie der Tango, machen den Küstenstreifen dafür prädestiniert.

Teilnahme abgesagt. „Ich bin es müde, ein Fall zu sein“, erklärte die international anerkannte Professorin der Tageszeitung „La Nación“. Die Beschuldigung, in der Zeit der Militärdiktatur promoviert zu haben, weist die Sprachwissenschaftlerin entschieden zurück.

Schwulen-Ehe

Die Abgeordnete Magdalena Odarda bat die Provisorische Regierung von Río Negro um die Umsetzung des bereits im Mai 2003 verkündeten Gesetzes, mit welchem die Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Partner offiziell geregelt werden sollen. In Río Negro gibt es etwa 50 Partnerschaften, von denen mindestens ein Mitglied im staatlichen Dienst ist und die die Legalisierung ihrer Beziehung einfordern.

Evitas Erbe

Das dreischichtige seidene Leichentuch der charismatischen First Lady Eva Perón, das von den Mercedarier-Nonnen in Madrid in den Farben der argentinischen Nationalflagge genäht wurde, ist wieder in Argentinien. Am Dienstag wurde es von Antonio Mata, dem

Donni de Mirande

Die aus den Teilnehmerlisten des dritten Internationalen Kongresses der spanischen Sprache, der im November in Rosario stattfinden wird, gestrichene und wiederaufgenommene Linguistin Nélida Donni de Mirande hat ihre



SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
 Web / Video Digital
 3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Vorsitzenden der Aerolíneas Argentinas, dem argentinischen Nationalkongress übergeben. Mata erwarb es vor zwei Monaten für 150.000 US-Dollar auf einer Aktion in Rom.

Transparenz

Vizepräsident Daniel Scioli gab am Donnerstag bekannt, dass ab dem 1. September alle administra-

tiven Verordnungen des Senats auf der Internetseite der Oberen Kammer veröffentlicht werden. Damit will man der Regierungspolitik mehr Transparenz verleihen und der Bevölkerung einen leichteren Zugriff auf Information verschaffen. Die Maßnahme geht auf den bereits im März 2002 revidierten Artikel 50 der Senatsverordnung zurück, der die Veröffentlichung

der Verordnungen im Internet vorschreibt. Doch wurde dies bis jetzt nicht erfüllt.

Sterilisierung

In der Provinz Santa Fe wurde am Donnerstag ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Sterilisierung als Verhütungsmittel legalisiert wird. Für die Operation wird das Einverständnis der oder des

Betroffenen sowie die Erklärung gefordert, Auskunft über alternative Verhütungsmittel und die Folgen des Eingriffs bekommen zu haben. Von der Seite religiöser Einrichtungen gibt es Befürchtungen, dies könne zu massiven Anklagen der Ärzte wegen schwerwiegenden körperlichen Eingriffs führen.

Weltverband Deutscher Auslandsschulen

Von Einzelaktionen zu gemeinsamen Projekten - vom Landesverband zum Weltverband

Vor nunmehr fast 2 Jahren fand in Mexiko-Stadt an der Deutschen Schule Alexander von Humboldt der erste Weltkongress Deutscher Auslandsschulen statt. Der Impuls dazu kam gleich von mehreren Seiten: Sowohl das Außenministerium, das Bundesverwaltungsamt mit der ZfA sowie die Schulträger der Deutschen Auslandsschulen waren an einem Forum interessiert, bei dem sie sich würden kennenlernen, informieren und austauschen können. Das jedoch, was jeder einzelne dann direkt miterleben konnte, hatte wohl niemand erwartet: 200 Teilnehmer, Persönlichkeiten aus Kultur und Politik, Vertreter von 90 Schulen aus 50 Ländern waren anwesend und sprachen auf deutsch ums Deutsche.

Vereinzelt kannten sich die Teilnehmer schon von Veranstaltungen in Barcelona, Lima oder Singapur. Daher konnte sehr schnell als gemeinsames Konzept festgestellt werden, dass die Auslandsschulen wichtige Träger deutscher auswärtiger Kultur und Bildungspolitik sind, die Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Völker und Kulturen stärken, aktiv sind, für die Verbreitung der deutschen Sprache in Schule, Ausbildung, Kunst und anderen Bereichen, den Studienstandort Deutschland fördern, qualifizierte deutschsprachige Arbeitskräfte heranbilden, die „Botschafter deutscher Kultur“ in den Gastländern sind, wo sie Bilingualität sowie Mehrsprachigkeit leben und propagieren, Multiplikatoren sind für eine völker-

verständige Politik, Wirtschaft und weltumfassende Bildungsgesellschaft.

Doch für alle stellte sich die gleiche Frage: Wie diese großen Ziele vor Ort und in einer sich ständig wandelnden Umgebung mit wechselnden Vorgaben leben, umgesetzt und erhalten werden können? Der Gedanke eines Zusammenschlusses der Schulträger konkretisierte sich und so wurde unter den 79 anwesenden Vorständen ein Gründungsrat aus 16 Mitgliedern gewählt, der mit der Vorbereitung zur Gründung eines Weltverbandes beauftragt wurde. Denn eines war allen bei diesem Weltkongress klar geworden: Zur Sicherung der Zukunft qualitativ hochwertiger deutscher Auslandsschulen ist ein enger, organisierter Austausch notwendig, um aus vielen Einzelinitiativen eine gemeinsame Aktion werden zu lassen. Auf Grund meiner Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Schulen in Argentinien wurde auch ich in diesen Gründungsrat berufen und hatte so die Möglichkeit, viele unserer Erfahrungen bei der Planung einfließen zu lassen.

Nach einem Jahr war es dann soweit: Am 2. Mai 2003 konnte der Weltverband Deutscher Auslandsschulen in Berlin mit 71 Schulen aus 45 Ländern gegründet werden. In den Vorstand wurden gewählt: Jorge Pulido México-Stadt, 1. Vorsitzender Eckhard Mehring, Den Haag/Belgien, 2. Vorsitzender Brigitte von der Fecht, Buenos Aires/Argentinien; Schatzmeisterin Dr. Erika Pichler, Mailand/Italien; Schriftführerin und die Beisitzer Hans Peter Akkermann, Barcelona/Spanien, Dr. Wolf Bay, Taipei/Taiwan, Carlos Hahn, Guayaquil/Ecuador, Marco Foehn, Hong Kong/China, Tadeusz Grotowski, Warschau/Polen, Peter Raute, Bogotá/Kolumbien, und Kai Schroeder, Johannesburg/

Südafrika.

Unsere Vision vor dem Hintergrund der Vermittlung deutscher Kultur und Sprache ist, für den Aufbau eines Netzwerkes zu sorgen, der die Zusammenarbeit unter den Auslandsschulen und deren Partnern fördert und die Qualität der Ausbildung sowie ihrer Nachhaltigkeit in einem zukunftsorientierten Zeitalter der Globalisierung sichert. Daher wollen wir unter anderem: den Bekanntheitsgrad der Auslandsschulen erhöhen, unsere langjährigen Erfahrungen bei bildungspolitischen Entscheidungen einbringen, den Erfahrungsaustausch untereinander und eine größere Zusammenarbeit der Schulen weltweit fördern, die Interessen der AS gegenüber Behörden, Verbänden und Institutionen der Öffentlichkeit vertreten, uns für größere öffentliche Förderung einsetzen, für die Entsendung von mehr Lehrern engagieren, Themen wie Planungssicherheit, Qualitätssicherung, Wettbewerbsfähigkeit,

Benchmarking gemeinsam bearbeiten, Teilnahmemöglichkeiten deutscher AS an Prüfungen wie PISA etc. erörtern, die Vermittlung von internationalem Schüleraustausch und Lehrerpraktika fördern, Möglichkeiten eines gemeinsamen Einkaufs von Hard/Software und anderem Lehr-, Lern- und Schulmaterials finden, sowie für an uns herangetragene Bedürfnisse eine Lösung suchen.

Ich ganz speziell hoffe auf die Unterstützung der Mitglieder unserer Gemeinschaft, da wir mit unseren Erfahrungswerten allen anderen einen großen Schritt voraus sind. Mit der großen Bereitschaft, die alle unsere Partner und Mitglieder in der Vergangenheit in Bezug auf eine effektive und effiziente Zusammenarbeit gezeigt haben, haben wir uns über unsere Grenzen hinaus Respekt verschafft. So hoffe ich, dass unser „kleines Modell“ beispielgebend für „das Große“ sein kann.

Brigitte von der Fecht
Vorsitzende der
Arbeitsgemeinschaft

3. Oktober

Tag der Deutschen Einheit



Zum 14. Jahrestag der Wiedervereinigung erscheint das Argentinische Tageblatt mit einer umfangreichen Sonderausgabe. Sie wird Artikel zur Geschichte und Kultur Deutschlands enthalten und die schönsten Ecken des Landes vorstellen. Die Sondernummer erscheint am Samstag, dem 2. Oktober.

Anzeigen:

avisosat@fibertel.com.ar

Tel: 4325-7150

Fax: 4328-8536

**KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287

AUSFLÜGE UND REISEN

Ein nachgebautes Eingeborenendorf in Cachi



Eingeborenen-Patio mit Mahlmörsern bei Cachi.

Über die Ureinwohner des heutigen Argentiniens, wegen eines Irrtums des Kolumbus fälschlicherweise „Indianer“ genannt, ist relativ viel bekannt, weil sie zwei Jahrhunderte lang mit den erstmals 1535 einmarschierten spanischen Eroberern nebeneinander- und zusammenlebten. Außerdem waren die Eingeborenen vor allem im Nordwesten sesshaft, so dass zahlreiche ihrer Dörfer und Städte teils bis heute überlebt haben.

Doch obwohl man die Wohnstrukturen anhand der gut erhaltenen und

beim Wiederaufbau kaum retouchierten Ruinen wie Quilmes, Tastil oder Tilcara ausgezeichnet zu erkennen vermag, kann sich der Besucher über die Lebensgewohnheiten nur ein lückenhaftes Bild machen.

Hier haben nun Anthropologen und Archäologen der Provinz Salta etwas Neues geschaffen, indem sie inmitten der Ruinenstätte von Las Pailas westlich des Bergtaldörfleins Cachi (Salta) eine Wohngemeinschaft nachgebildet haben. Die dortigen Eingeborenen waren zwar noch teilweise Jäger, Fischer und Sammler, hielten aber auch schon eigene Viehherden (Lamas) und pflanzten in ihren Berieselungsterrassen Kürbisse, Kartoffel, Mais, Bohnen und den überaus nahrhaften „Inkaweizen“ Quinoa.

Die Wohn- und Lebensgewohnheiten werden hier durch Nachstellen gezeigt: Wie die Feuerstelle betreut, der Mais gestampft und das Fleisch zu Charqui getrocknet wurde; wie man tierische Elemente wie Wolle, Leder, Federn und Knochen verarbeitete, das Kaktusholz zur Bedachung und die Kakteenstacheln als Nägel benutzte. Auch ein Pucará, eine kleine Befestigungsanlage, ist zu sehen, sowie die neben Wurfspeeren, Streit-äxten und Schleudern seit dem Beginn des Neolithikums ebenfalls in Gebrauch befindlichen Jagd- und Verteidigungswaffe Pfeil und Bogen. Der neue Bildungspark nennt sich Todo lo Nuestro.

Alles in allem ein naturecht wirkendes Anschauungs-panorama, das man parallel zu einem Besuch des ausgezeichneten Archäologischen Museums von Cachi am Hauptplatz des Ortes absolvieren sollte.

Cachi liegt 157 Kilometer von der Provinzhauptstadt entfernt, am Fuß des über 6300 Meter hohen Nevado de Cachi, direkt am Calchaquí-Fluss. Das Calchaquí-Tal war in seiner ganzen Länge, von La Poma bis zum heutigen Cafayate, in vorspanischer Zeit dicht besiedelt. Viele Stämme lebten hier auch nach der Conquista noch lange Zeit relativ unbehelligt weiter, mussten allerdings für die spanischen Encomenderos (Gutsherren) Fron leisten.

In Cachi funktioniert auch eine sehr schöne Hostería des Argentinischen Automobil Clubs (ACA). Auskünfte durch Tel.: (03868)-491092.

Marlú

Von den Guaraníes bis Europa

Bisher größte Ausstellung über Mate-Kultur

Das Trinkgefäß Mate sei neben dem Tango und den Pferden das stärkste Identifikationssymbol der Argentinier, sagte der Direktor des Nationalmuseums für Dekorative Kunst, Alberto G. Bellucci, auf einer Pressekonferenz, mit der die Ausstellung „Mate in Amerika. Kunst und Tradition“ eingeleitet wurde. Diese Ausstellung schließt sich an die Reihe über das Kunsthandwerk der Criollos, der in Amerika heimisch gewordenen Europäer, an: Das Pferdegeschirr und der Poncho waren Ausstellungsthemen in den Jahren 2000 und 2001. Die nächste Ausstellung werde unter Umständen über Teekästen sein, verriet der Museumsdirektor.

Vom 10. September bis zum 17. Oktober werden die Besucher die Gelegenheit haben, über 280 Mate-Trinkgefäße vom Jahr 1650 bis zur Gegenwart kennenzulernen. Die aus Peru, Bolivien, Chile, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Argentinien stammenden Ausstellungsstücke repräsentieren eine einmalige Mischkultur: Nach der anfänglichen Verdammung des Getränks als „teuflich“ nahmen es die Europäer, die sich in Amerika ansiedelten, schließlich doch



an und entwickelten daraus eine reiche Trinkkultur.

Die Ausstellung wurde fünf Jahre lang vorbereitet, seit drei Jahren musste sie immer wieder verschoben werden, erzählte Alberto Bellucci. Die Organisatoren der bisher größten Mate-Ausstellung sind die Antiquare José und

Javier Eguiguren Molina und der Kulturjournalist Roberto Vega. Die Ergebnisse ihrer Forschung fanden ihren Niederschlag in einem 250 Seiten starken Buch, das man im Museum erwerben kann.

Der Mitorganisator und -forscher Pau Navajas von dem größten Mate- und Tee-Hersteller „Las Marías“, dessen bekannteste Marke „Tara-güi“ ist, legte bei

seiner Arbeit den Schwerpunkt auf die mit der Pflanze, ihrem Sammeln und ihrer Verwendung verbundenen Traditionen sowie ihre symbolische Bedeutung in der Guaraní-Kultur. Aus seiner Sicht gebe es noch vieles zu entdecken.

Die Ausstellung ist thematisch und geographisch unterteilt: Nach

der Besichtigung der ältesten Ausstellungsstücke aus Peru, Bolivien und Chile, hergestellt aus reinem Gold und Silber oder in Kombination mit den traditionellen Materialien Kürbisschale oder Kokosnuss, kommt man in andere südamerikanische Räume und sogar bis Europa. Kräuter-dosen, „Strohhalme“ und Kessel ergänzen die Ausstellung. Es gibt sogar Mate-Trinkgefäße aus Porzellan.

Das Museum bietet für Schulen Führungen an, Anmeldung unter Tel. 4806-8306. Mehr Infos auf der Seite: www.elmateenamerica.com.ar.

AG

(10.9.-17.10., im Museo Nacional de Arte Decorativo, Av. del Libertador 1902. Täglich 14-20 Uhr, angemeldete Führungen vormittags. Eintritt: 5 Pesos.)

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Hugo Boetzel, 91, am 19.8.
Manfred Alter, am 24.8.
Ruth Blum geb. Meinhardt, am 24.8.
Werner Kaminsky
Franz J. Thalhammer

Ihre Sprache nie verlernt

2. Tangoweltmeisterschaft in Buenos Aires

Oswaldo und Luisa Inés Cartery, jeweils 66 Jahre, strahlten, als sie die Trophäe in der Kategorie „Tango Salón“ bei der zweiten Tango-Weltmeisterschaft in Buenos Aires entgegennehmen durften. Das Ehepaar, seit 37 Jahren verheiratet, lernte sich praktisch auf der Tanzfläche kennen. Dazwischen liegt eine Pause von 30 Jahren, in der die beiden ihre Kinder erzogen und keinen Fuß in eine Milonga setzten. Erst vor sechs Jahren, das jüngste Kind war bereits 19 Jahre alt, trauten sie sich wieder an ihre Leidenschaft und entdeckten, dass sie den Tango - die Sprache von Buenos Aires - nie verlernt hatten.

Mit ihrem Stil, den sie als „imaginativ und gleichzeitig diskret, in höchstem Maße musikalisch und äußerst sensibel“ beschreiben, überzeugten sie die Tanzrichter. Unter 184 Paaren - davon 31 aus dem Ausland, eines aus Deutschland - ragten sie heraus und freuten sich über die 3500 Peso Siegpriämie, sowie eine Reise nach Bariloche.

Mehr als nur eine Reise, viel-



Mehr als ein exotischer Farbtupfer - Das Paar Kyunga Han und Chang Goo Han Rhee aus Südkorea belegten in der Kategorie „Tango Escenario“ den zweiten Platz.

(AP-Foto) mehr den Start einer weltweiten Tanzkarriere, könnte der Sieg in der Kategorie „Tango Escenario“ für das Paar Iván Romero (20) und

Marcela Vespasiano (23) bedeuten. Sie erhielten ebenfalls 3500 Peso und außerdem einen Vertrag, um zwei Monate lang, zusammen mit den Weltmeistern des Vorjahres, in Japan aufzutreten.

Romero und Vespasiano unterscheiden sich nicht nur im Alter von ihren Co-Weltmeistern, den Carterys. Eher zufällig fand das Paar in einer Tanzstunde zueinander. Ein Liebespaar sind die beiden nicht, obwohl zumindest auf professioneller Ebene Eifersucht dazugehört. „Wenn er mit einer anderen tanzt, die ich nicht kenne, dann flippe ich aus“, gibt Vespasiano zu. Romero hat auch keinen Grund mit einer anderen zu tanzen, die beiden zeigten vor 3500 Zuschauern im

„Estadio de Obras Sanitarias“ eine perfekte Show.

Im „Tango Escenario“ wurden neben dem Ausdruck und Tanzschritten auch die Choreographie und die Kostüme bewertet. Die Musik trugen unter anderem das „Orquesta de Tango de la Ciudad“ unter der Leitung von Carlos García und Raúl Garelo sowie Susana Rinaldi und María Nieves bei.

Im Vergleich zur Premiere im Vorjahr stand die Weltmeisterschaft 2004 auf einem höheren Niveau. Dazu trugen auch die ausländischen Paare bei. Im Finale des „Escenario“, das 15 Paare bestritten, kamen vier aus Kolumbien, zwei aus Japan und eines aus Südkorea. In Houston, Tokio, Medellín, San Sebastián (Spanien) und Santiago de Chile fanden schon im Vorfeld Qualifikationsturniere statt.

Der Tango ist im Begriff sich zu einem weltweiten Phänomen zu entwickeln. Hält dieser Trend an, darf man sich schon heute auf die dritte Weltmeisterschaft 2005 - wieder im Epizentrum des Tango Buenos Aires - freuen.

KULTURWOCHEN BERLIN-BUENOS AIRES

Aktivitäten in Buenos Aires bzw. in beiden Städten

Eröffnungs-Ausstellungen

„Impetu. El arte como estímulo urbano“
„La Nueva Berlín“
„Actualización de la bandera de Berlín“
Casa de la Cultura, Av. de Mayo 575
7.9., 19 Uhr

Ausstellung „Von Max Liebermann bis Werner Heldt“



Museo Nacional de Bellas Artes
Av. del Libertador 1473
Di-So 12.30-19.30, Sa 9.30-19.30 Uhr
Eintritt frei
21.9.-17.10.

Lange Nacht der Museen 25.9., 19 Uhr bis 2 Uhr morgens Treffpunkte, von denen Gratis-Kombis abfahren:

Museo de Arte Moderno, San Juan 350
Centro de Museos de Buenos Aires, Av. de los Italianos 851
Centro de Información Turística Recoleta,

Av. Quintana/R.M. Ortíz
Malba, Av. Figueroa Alcorta 3415
Museo Sívori, Av. Infanta Isabel 555
Teilnehmende Museen:
Museo del Cine Ducrós Hicken, Defensa 1220
Museo de Arte Moderno, San Juan 350
Museo Ernesto de la Cárcova, Av. España 1701

Centro de Museos, Av. del los Italianos 851
Buque Fragata Sarmiento, Av. A. Moreau de Justo 900, Dique 3
Museo Nac. del Grabado, Defensa 372
Museo Etnográfico Juan B. Ambrosetti, Moreno 350
Museo de la Ciudad, Alsina 412, Defensa 219
Manzana de las Luces, Perú 272
Museo de la Casa Rosada, Hipólito Irigoyen 219

Museo de la Inmigración, Av. Antártida Argentina 1355
Museo Torre Monumental, Retiro
Museo Isaac F. Blanco, Suipacha 1422
Palais de Glace, Posadas 1725
Centro Cultural Recoleta, Junín 1930
Museo Nac. de Bellas Artes, Av. del Libertador 1473
Museo Nac. de Arte Decorativo, Av. del Libertador 1902
Museo de Arte Popular José Hernández, Av. del Libertador 2373
Museo Metropolitano, Castex 3217
Malba, Av. Figueroa Alcorta 3415

Museo Evita, Lafinur 2988
Museo Cruce de Artes, Tunnel Av. del Libertador/Sarmiento
Museo del Planetario, Av. Sarmiento/Belisario Roldán
Museo Sívori, Av. Infanta Isabel 555

Ausstellungen des Walter Gropius-Lehrstuhls der FADU (UBA)

„Berlín-Buenos Aires unificadas“ - Architekturmodell der beiden Städte
„Escrito en la ciudad“ - Fotos und Projektionen über urbane Graphik beider Städte
30.9.-31.11.

Ausstellung „Estación Berlín-Buenos Aires“

Stadtpläne Berlins im Werk argentinischer Künstler
Centro Cultural Recoleta, Junín 1930
Di-Fr 14-21, Sa u. So 10-21 Uhr
30.9.-31.10.

IV. Deutsches Kinofestival

15 Filme von 2003/04
Village Recoleta, Vicente López/Junín
Eintritt 8 Pesos, Mittwoch 6,50, 5er-Abo 35 Pesos
16.9.-23.9.

Kinozyklus „Berlín y el cine: vidas paralelas“

28 Filme von 1895-2004
Leopoldo Lugones-Saal, Av. Corrientes 1530
Eintritt 4 Pesos
18.9.-10.10.

Buenos Aires und Berlin: ihre Dichter
Casa de la Poesía, Honduras 3784
9.9., 19.30 Uhr
literaturWERKstatt in Berlin
14.10., 20 Uhr

„Poesía de película“

Ausstrahlung von Poetryfilmen
Casa de la Poesía, Honduras 3784
(Info: www.zebra-award.org)
10.9., 19.30 Uhr

Alfred Döblin/Roberto Arlt Internationales Literatursymposium

Centro Cultural San Martín, Sarmiento 1551
18.10.-20.10., 20 Uhr

„Canciones degeneradas: Sex appeal“

Club del Vino, Cabrera 4737
21., 22., 28. u. 29.9., 0.30 Uhr

„Club Oceánico“, elektronische Musik

Niceto, Niceto Vega 5510
18.9., 22 Uhr
Pop-Hotel Boquitas Pintadas, Estados Unidos 1393
19.9., 10 Uhr
(Workshop 17.9. 16 Uhr, im Goethe-Institut, Av. Corrientes 319)

Programm in Auszügen; mehr Infos bei www.buenosaires-berlin.com

ARGENTINISCHE

WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,03. Die Terminkurse betragen zum 31.8. \$ 3,000, 30.9. \$ 3,015, 30.10 \$ 3,050, 30.11. \$ 3,080, 31.12. \$ 3,090 und 31.1. \$ 3,120.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,0% auf 940,20, der Burcapindex um 2,6% auf 2,366,54 und **der Börsenindex um 0,6% auf 43.179,36.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,0% auf \$ 1,9984.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 23.8.04 US\$ 17,98 Mrd., der Banknotenlauf \$ 31,45 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 18,08 Mrd. bzw. \$ 32,18 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 18,04 Mrd. bzw. \$ 31,61 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 13,33 Mrd. bzw. \$ 24,54 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 24.8.04 118,8%.

Die Landwirte haben (laut der Consulting-Firma AgriPac) noch eine Rekordmenge von etwa 3 Mio. Tonnen Weizen aus der vergangenen Ernte auf Lager. Während der letzten 20 Jahre waren zu dieser Jahreszeit nie so hohe Lagerbestände verzeichnet worden. Nachdem die Landwirte sich finanziell saniert haben und über die Möglichkeit verfügen, Getreide und Ölsaat in grossen Kunststoffschläuchen auf dem Land zu niedrigen Kosten zu lagern, stehen sie nicht mehr unter Verkaufszwang. Die erhöhte Lagerhaltung wurde durch die Baisse veranlasst, wobei die Landwirte eine Erholung der in den letzten Monaten stark gesunkenen Preise erwarten.

Nachdem die Regierung die Konzession für einen Satelliten für Fernverbindungen auf der Orbit 81 rückgängig gemacht hat, die der Firma Nahuelsat zugeteilt worden war (die schon die Orbit 72 betreibt), hat Fernverbindungssekretär Guillermo Moreno erklärt, die Regierung habe sich vorgenommen, die lokale Fabrikation von Satelliten aufzunehmen. Gestern wurde, als zweiter Schritt, das Unternehmen Arsat vorgestellt, das Satellitendienste bieten soll, und an dem der Staat mit 5% beteiligt sein soll. Die Orbit 81, die diesem neuen Unternehmen dienen soll, muss von Argentinien vor Oktober 05 beschickt werden. Sie ist besonders interessant, weil sie ganz Lateinamerika, bis in den Süden der USA deckt.

Ein von der Atomenergiekommission (CNEA) abhängiges Unternehmen hat einen Vertrag abgeschlossen, um 3 Ladungen von Ko-

balt 60 (das für Krebsbehandlungen verwendet wird) für etwa US\$ 1 Mio. nach China zu exportieren.

Der Export von Schweinefleisch erreichte im 1.Halbjahr 04 640 t für US\$ 625.000, wertmässig um 52% über dem Vorjahr.

Nachdem 03 mit 1,81 Mio. t eine Rekordproduktion von Zucker erreicht wurde, wird für 04 mit einer neuen Zunahme gerechnet. Der Ertrag pro Hektar stieg von 5 t 1995 auf 7,4 t 03, was den Rückgang der bebauten Fläche mehr als wettgemacht hat, die in Tucumán in den letzten Jahren zunehmend mit Zitronenbäumen bepflanzt wurde.

Der Oberste Gerichtshof hat das Urteil der Berufungskammer widerrufen, durch das der Staat verurteilt worden war, bei der Klage des Inhabers von Dollarbonds, Ignacio Falcón, den vollen Dollarwert auszahlten. Das Urteil bezieht sich jedoch nur auf die formellen Aspekte, die vornehmlich bestanden, dass die Argumente des Staatsanwaltes nicht berücksichtigt worden seien. Erst wenn der Oberste Gerichtshof über die Verfassungsmässigkeit der Pesifizierung entscheidet, wird auch in diesem konkreten Fall über das Grundproblem entschieden werden.

Das „Zentrum für Wirtschaftsstudien der Provinz Buenos Aires“ (CEB, Centro de Estudios Bonaerenses) weist darauf hin, dass der Kredit an die Privatunternehmen vom 1. Quartal 2000, mit \$ 46,73 Mrd. (17,3% des BIP) auf \$ 18,86 Mrd. (4,7% des BIP) im 4. Quartal 03 abgenommen hat. Erst im 1. Quartal 04 ist eine Erholung eingetreten, mit einer Kreditsumme von \$ 19,69 Mrd. (5% des BIP). Die Erholung der Wirtschaft, die Mitte 02 einsetzte und sich ab Mitte 03 beschleunigt hat, fand im Rahmen einer äusserst geringen Versorgung mit Bankkrediten statt. Die Eigenfinanzierung hat stark zugenommen.

Der internationale Goldrat berichtet, dass die argentinische ZB in den ersten 5 Monaten 04 insgesamt 42 t Gold gekauft hat, womit Argentinien vom Rang 102 auf Platz 42 bei Goldreserven der ZB geklettert ist. Es ist der erste Goldkauf in 8 Jahren, als die ZB mit Goldverkäufen begann. Die ZB hat unlängst die interne Regel geändert, wonach sie nur bis zu 10% der Reserven in anderen Währungen als in Dollar und in Gold halten konnte, und sie auf 20% erhöht. Die Reserven bestehen jetzt zu 7,06% in Euro, 4,11% in Pfund Sterling, 3,73% in Yen, 0,33% in Schweizer Franken und 3,06% in Gold, womit über 15% der Reserven nicht mehr in Dollar bestehen. Nachdem der Dollarkurs gegenüber anderen Währungen abnahm und der Goldkurs stieg, hat die ZB ein gu-

tes Geschäft gemacht. Die ZB erwägt die Möglichkeit, die 20%-Grenze weiter zu erhöhen.

Durch Beschluss 1726 des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) wurde der Beschluss 1678 geändert, der sich auf die Möglichkeit bezieht, Steuerschulden in Raten zu bezahlen, die als RAFA (Regimen de asistencia financiera ampliada) bekannt ist. Der neue Beschluss verfügt, dass bei Schulden, bei denen ein Gerichtsverfahren besteht, wobei eine Beschlagnahme von Mitteln oder Wertpapieren irgendwelcher Art verfügt worden ist, die in Finanzanstalten deponiert sind, oder auf eingehende Zahlungen, oder wenn das Gericht die Kasse des Unternehmens interveniert hat, die Beschlagnahme aufgehoben wird, wenn der beantragte Zahlungsplan vom Steueramt angenommen worden ist. In allen Fällen muss der Schuldner die Schuld, sowie Honorare und Gerichts-kosten anerkennen.

Bei der Klage der Firma CMS gegen den argentinischen Staat beim Weltbankschiedsgericht ICSID (Spanisch CIADI), wurde die Entscheidung auf März 05 verlegt. Es wird angenommen, dass das Gericht damit rechnet, dass bis dahin eine Lösung für das Unternehmen TGN (Transportadora de Gas del Norte) erreicht worden ist, bei dem CMS Minoritätsaktionär ist.

Durch Notstandsdekret 906/04 wurde bestimmt, dass die brachliegenden Mittel von 18 staatlichen Treuhandfonds für die Finanzierung anderer öffentlicher Investitionen verwendet werden können, als im Treuhandfonds vorgesehen ist. Das Dekret schafft einen Rat für die Investitionen der staatlichen Treuhandfonds, dem die Minister Lavagna und De Vido vorstehen. Somit wird die Sicherstellung der Finanzierung bestimmter Objekte durch Treuhandfonds, die durch Sondersteuern oder Beteiligungen am Erlös bestimmter Steuern gespeist werden, faktisch abgeschafft.

Die mit dem CER-Koeffizienten indexierten Fristdepositen bei Banken sind im Juli um \$ 670 Mio gleich 30,5% gestiegen. Im Laufe des Jahres 04 betrug die Zunahme \$ 2,37 Mio. so dass per Ende Juli der Saldo \$ 2,86 Mrd. beträgt. Der CER-Koeffizient wird auf der Grundlage des Indices der Konsumentenpreise berechnet, so dass Zunahmen sich leicht verspätet auswirken. Die Sparer rechnen offensichtlich mit Preissteigerungen.

Wirtschaftsminister R. Lavagna verfügte eine Herabsetzung der Zinsen um einen halben Prozentpunkt für säumige Steuerzahler, die sich dem neuen Zahlungsplan in Raten (RAFA) angeschlossen haben. Bei Zahlung in 12 Raten sinkt der Zinssatz somit von 3% auf 2,5% monatlich.

Die privaten Banken weisen im

2. Quartal 04 einen Gewinn von \$ 284 Mio. und die öffentlichen einen von \$ 76 Mio. aus. Im 1. Halbjahr hatten die privaten Banken jedoch einen Verlust von \$ 560 Mio. Doch wenn man die Bilanzen bereinigt, und die Zahlung der auf Grund von Schutzkursen („amparos“) von Richtern verfügbaren Zahlungen von Depositen zum freien Kurs und auch Provisionen für Staatspapiere abzieht, deren Marktwert weit unter Pari liegt (obwohl sie zum Nennwert gebucht werden), schliesst das 1. Halbjahr bei den Privatbanken mit einem Gewinn von etwa \$ 300 Mio.

Am 2. September soll die Werft Domecq García, am Hafen von Buenos Aires, feierlich wieder in Betrieb genommen werden. Anfang der 90er Jahre war die während der Militärregierung in den 70er Jahren gegründete Werft stillgelegt worden, in der ein U-Boot im Bau war, das mit deutscher Beteiligung (Thyssen Nordseewerke) gebaut wurde. Die Werft soll für die Instandsetzung der U-Boote der argentinischen Kriegsmarine eingesetzt werden, einschliesslich der „San Luis“, die 1997 von der Marine als „unbrauchbar“ eingestuft worden war.

Die Firma Frávega, die zahlreiche Verkaufslöcher für Haushaltsartikel und Elektronik betreibt, hat ein Grundstück in der Bundeshauptstadt (in Parque Patricios) erworben, um eine Fabrik für die Montage von 6.000 Computern (PC) Marke Admiral monatlich zu errichten, deren Teile aus dem fernen Osten importiert werden. Bisher hatte Frávega diese Tätigkeit an Dritte abgeben. Frávega betreibt schon eine Montage von Fernsehgeräten, DVDs, Videogeräten und Computern in Feuerland.

Die Vereinigung argentinischer Schlachthöfe ABC, die 75% der Exporteure der Branche vereint, hat die US-Firma HCCP Consulting Group verpflichtet, ihre Betriebe und die Qualität des Rindfleisches zu kontrollieren. Die Qualitätsfrage tritt bei Rindfleischexporten immer stärker in den Vordergrund.

Telecom teilte der Börse mit, dass 94,4% der Schuld, die sich im Default befindet, das Umschuldungsangebot der Firma angenommen hat. Die Verschuldung sinkt somit von US\$ 2,7 auf US\$ 1,72 Mrd. US\$ 725,5 Mio. werden in Parbonds gezahlt, US\$ 994 Mio. in Bonds mit 5% Diskont und \$ 562 Mio. in bar, mit einem Abschlag von 20%.

Die ZB hat Bussen von \$ 1,94 Mio. für jede der folgenden Personen verhängt, wegen ihrer Verantwortung für die Banco Mercurio: Jacobo, Mauricio und Silvio Benadón, sowie Claudia Navarro. Ausserdem wurden Bussen für Jorge Mercurio, Roberto Moreno und Raul Wolman verfügt.

Dieses Jahr stellte Brasilien 400 MW für Stromlieferungen nach Argentinien zur Verfügung, wobei der Durchschnittspreis US\$ 44 pro Megawattstunde betrug, etwa drei Mal so viel wie die lokalen Kraftwerke erhalten.

Bei einer Zusammenkunft von Aussenminister Rafael Bielsa und Gesundheitsminister Ginés González García mit dem Präsidenten des kubanischen Aussenhandelsunternehmens Alimpor wurde vereinbart, dass Kuba von Argentinien Weizen, Mais, Bohnen (porotos), Sojabohnen und Sonnenblumenöl kauft und im Gegenwert für etwa US\$ 100 Mio. Medikamente liefert.

Die nationale Wertpapierkommission (CNV) hat den Rückzug der Atanor-Aktien vom Börsenhandel genehmigt.

Die Frist für Anträge für das Programm der Zahlung von Steuer-schulden in Raten (als RAFA bekannt), die ursprünglich am 20. September abließ, wurde bis zum 29. Oktober verlängert.

Das Energiesekretariat hat verfügt, dass die Wärmekraftwerke ab September 04 und bis April 05 wieder Gas an Stelle von Heizöl verwenden müssen, es sei denn, es treten ausserordentliche Umstände ein.

Justizminister Horacio Rosatti erklärte bezüglich der Verfahren, die zahlreiche Unternehmen beim Schiedsgericht der Weltbank ICSID (Spanisch CIADI) angestrengt haben, Argentinien bewege sich am Rande eines Abbruchs. Die Zuständigkeit dieses Gerichtes kompliziere und stelle die Eigenschaft Argentiniens als souveräner Staat in Frage. Dies habe mit der Zukunft Argentiniens zu tun.

Wirtschaftsminister Lavagna erklärte bei einem Seminar, das von der Kammer der Exporteure (CERA) anlässlich der Feier zum „Exporttag“ organisiert worden war, Argentinien werde dieses Jahr für US\$ 33,5 Mrd. exportieren, um 13,3% mehr als die US\$ 29,56 Mrd. von 03. Das neue Wirtschaftsmodell habe erlaubt, dass der Export die Stagnierung überwunden habe, in die er 1997 mit nur US\$ 26 Mrd. geraten sei. In den letzten anderthalb Jahren hätten sich 13.700 Unternehmen am Export beteiligt, von denen 2.500 zum ersten Mal auf diesem Gebiet tätig gewesen seien. Abgesehen von Tucumán und Feuerland, die ihre Exporte nicht erhöht haben, haben alle Provinzen Zunahmen verzeichnet, die des Nordwestens von 18% und die der Pampagegend von 15%. 12% der Exporte entfallen auf mittlere und kleine Unternehmen (Pymes), die für jede Million exportierte Dollar 42 Arbeitsplätze schaffen, gegen nur 26 bei den Grossunternehmen. Lavagna betonte, der hohe Wechselkurs sei eine notwendi-

ge aber nicht ausreichende Bedingung für eine aktive Exportpolitik.

Enrique Mantilla, Präsident der Kammer der Exporteure, wies im Exportseminar darauf hin, dass die Exporte von Sojabohnen, Mais, Gas und Erdöl seit 01 jährlich um 18% zunehmen, während der Rest nur um 4% steigt. Industriesekretär Alberto Dumont antwortete, dass die Exporte von reinen Industriegütern (MOI, „Manufacturas de origen industrial“) im Februar und März 03 zugenommen haben, besonders von Kunstsstoffen, Textilien, Leder und Lederprodukten, Papier und Pappe.

Die registrierte Beschäftigung nahm gemäss einer Erhebung des Arbeitsministeriums im Juli um 0,4% gegenüber Juni und um 6,8% gegenüber Juli 03 zu. Bei der Industrie betrug die interanuelle Zunahme 10,4%.

In den ersten 4 Monaten 04 betrug die Teexporte 21.000 t für US\$ 12,8 Mio., eine Mengenzunahme von 24% und eine Wertzunahme von 21% gegenüber der gleichen Vorjahreseperiode.

Der Gouverneur der Provinz Chaco, Roy Nikisch, gab eine Subvention von 5 Punkten auf die Zinsen von Krediten der „Nuevo Banco del Chaco“ für Kleinunternehmen bekannt. Der Zinssatz geht somit von 14% auf 9% zurück. Für Investitionen kommt der Satz auf 8% bis 8,5%. Die Subvention gilt für ein Gesamtkontingent von \$ 5 Mio. Für jeden Einzelkredit für Arbeitskapital beträgt der Höchstbetrag \$ 60.000, und die Frist 24 Monate, und für Investitionen in Anlagen und Maschinen \$ 120.000, bei einer Frist von 48 Monaten.

Die Zahl der Mobiltelefone lag im Juni bei 9,33 Mio. und soll bis Ende August über 10 Mio. liegen, nachdem im Juli 350.000 Telefone verkauft wurden und für August mit 550.000 gerechnet wird. Die festen Anschlüsse betragen 7,7 Mio.

Die Getreidefirma Louis Dreyfuss hat den Gouverneur von Santa Fe, Jorge Obeid, benachrichtigt, dass sie eine Anlage zur Verarbeitung von Sojabohnen (Öl und Mehl) mit eigenem Hafen in der Ortschaft Timbúes, 30 km nördlich von Rosario, errichten werde. Die Fabrik wird eine Kapazität von 8.000 t Sojabohnen täglich haben, womit die Gesamtkapazität der Firma auf diesem Gebiet auf 20.000 t steigt. Dreyfuss betreibt in Argentinien auch die Unternehmen Faplac (Pressspanplatten) und Resinfor Metanol (Chemie). Die erste Etappe des Projektes, für US\$ 65 Mio., soll Mitte 2005 fertig sein.

Die Macro-Bansud Bank hat für \$ 20 Mio. Aktien der Banco Privado gezeichnet, die sich auf die Finanzierung von Käufen mit Kreditkarten spezialisiert, womit sie jetzt 51% des

Grosszügige Umschuldung der Banco Nación

Präsident N. Kirchner hat einen Umschuldungsplan der Banco Nación angekündigt, durch den 12.178 säumige Landwirte (von insgesamt 13.592, die sich in dieser Lage befinden) mit Schulden von bis zu \$ 200.000 und über 30 Monaten Zahlungsrückstand, in Raten auf 10 Jahre, zu einem Zinssatz von 13% statt der bisherigen 18% jährlich zahlen können. Das Landwirtschaftssekretariat soll weitere 3 Punkte subventionieren, und die Provinzen werden aufgefordert, weitere 3 Punkte zu übernehmen, so dass der Landwirt schliesslich nur 7% zahlen würde. Ausserdem wird die Bank einen Kapitalschnitt von 12% bis 68% verfügen, je nachdem wie alt die säumige Schuld ist, je nach der Ursprungswährung des Kredites und je nach den Garantien. 10% muss sofort in bar gezahlt werden.

Auf diese Weise wird das säumige Portefeuille der Bank, von \$ 1,22 Mrd., um 89% verringert. Die Bank hat sich ausserdem verpflichtet, die Versteigerung der Landgüter aufzuheben, wobei die Bankagenturen im Inneren ermächtigt werden, besondere Zahlungsbedingungen auszuhandeln. Bis Ende Dezember können sich die Landwirte anschliessen.

Kirchner erklärte, dieses „solidarische“ Schema erlaube, ein altes Problem zu überwinden, wobei es zur Neubildung von Arbeitskapital führen und Investitionen fördern werde, so dass die verschuldeten Landwirte wieder voll in die landwirtschaftliche Produktion eingegliedert werden. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände zeigten sich sehr erfreut über diesen Plan. 2002 betrug die Zahl der säumigen Schuldner gegenüber der Banco Nación 32.000; zwei Jahre später waren es nur noch 13.000 und jetzt werden nur 1.400 verbleiben.

Die Landwirtschaft hatte vor 2002 eine hohe Schuld in Dollar, die am 1. Januar 2002 zum Kurs von eins zu eins in Pesos umgewandelt wurde. Da für Getreide, Ölsaaten und viele andere landwirtschaftliche Produkte Dollarwerte gelten, die durch die Exportsteuer um 20% verringert werden, wobei die internationalen Preise stiegen, ist die Schuld im Verhältnis zum Umsatz stark geschrumpft, so dass sie viele Landwirte schon voll gezahlt haben. Mit dieser neuen Umschuldung wird das Problem gesamthaft gelöst.

Kapitals hält. 01 hatte Macro die Bank Bansud von der Citibank gekauft und 02 einen Teil der Filialen der Scotiabank-Quilmes. Vor der Kapitalerhöhung entfiel 69,9% des Kapitals auf Alejandro Estrada, 19,7% auf Alberto Grimaldi und 10,4% auf Raul Fernandez. Das bestehende Management der Bank verbleibt. Wie verlautet, soll Macro-Bansud beabsichtigen, das Kapital der Banco Privado binnen 2 Jahren an der Börse zu notieren.

Im Amtsblatt vom 25.8.05 wurde das Gesetz 25.917 über föderale Fiskalverantwortung veröffentlicht, das am 24.8. verkündet worden war. Das Gesetz setzt den Provinzen Grenzen für ihre Ausgaben und ihre Verschuldung.

Durch mehrere Beschlüsse (Amtsblatt vom 25.8.04) hat das Wirtschaftsministerium verschiedenen Provinzen geschuldete Beträge geschenkt. Santa Fé schuldete \$ 17 Mio., San Juan \$ 7,6 Mio., Chaco \$ 11,3 Mio., Rio Negro \$ 5,7 Mio. und Corrientes \$ 8,4 Mio.

Drei private Konzerne haben Angebote für die Übernahme des Eisenbahn-Passagierdienstes von Buenos Aires nach Mar del Plata gemacht. Die Menem-Regierung hatte Anfang der 90er Jahre eine Ausschreibung durchgeführt, für die der Techint-Konzern die beste Offerte eingereicht hat-

te. Doch Gouverneur Duhalde forderte dann die Übergabe der Eisenbahn an die Provinz, die sie in staatlichen Händen behielt, womit das Projekt eines Schnellzugverkehrs auf dieser Strecke bei Seite gelassen wurde. Jetzt hat es Felipe Solá wieder aufgenommen, aber nicht durch eine Ausschreibung, sondern durch eine Aufforderung an Privatfirmen, Projekte im Rahmen des Gesetzes über Privatinitiativen vorzulegen, wobei die Ausschreibung nachher erfolgt. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass die Ausschreibung den privaten Projekten angepasst werden kann, die bestimmt besser als ein offizielles sind. Die Konzerne, die Projekte eingereicht haben, sind: 1. Emepe (Konzessionär von Ferrovías, die die Vororteseisenbahn Belgrano Norte betreibt) mit der französischen Alstom; 2. Metropolitan (Konzessionär der Vororteseisenbahnen Roca, Belgrano Sur und San Martín) mit der Genossenschaft „Cooperativa Ferroviaria Bonaerense“.

Die Regierung der Stadt Buenos Aires hat im Stadtparlament ein Projekt zur Erhöhung der Ausgaben um \$ 421 Mio. eingebracht, das \$ 86 Mio. für Gehaltserhöhungen einschliesst, davon \$ 56 Mio. für Lehrer. Das Budget 04 enthielt schon eine Zunahme von \$ 100 Mio. für diesen Zweck. Das Haushaltsgesetz 04 sieht Ausgaben von \$ 4,12 Mrd. vor. Bis Juli ist ein Überschuss von \$ 280 Mio. er-

zielt worden, der laut Schatzsekretärin Marta Albamonte auf \$ 421 Mio. im ganzen Jahr steigen soll.

In Pico Truncado, Provinz Santa Cruz, haben 200 Arbeitslose eine Anlage der Firma Repsol-YPF besetzt, mit der Forderung nach Arbeitsplätzen. Die Gewaltmassnahme wurde aufgehoben, nachdem das Unternehmen mit der Gemeindeverwaltung ein Abkommen unterzeichnete, durch das diese ab dem 1. September 420 neue Arbeitsplätze mit einem Lohn von \$ 700 plus Sozialzulagen und Sozialwerk schafft, wobei die Kosten von Repsol-YPF getragen werden.

Gemäss einer Studie von Ernst and Young verbleiben für einen hohen Unternehmensbeamten mit einem Gehalt von E 50.000 jährlich nach Abzug von Steuern in Argentinien E 35.378, gegen E 36.622 in Mexiko und E 37.399 in Brasilien. Die Progression bei der Einkommenssteuer ist in Argentinien stärker als in den Vergleichsländern.

Die Regierung hat Sonderkredite der Banco Nación für Unternehmen bereitgestellt, die Computerprogramme (software) schaffen. Die Beträge schwanken zwischen \$ 20.000 und \$ 300.000. Der Zinssatz wird 20% unter dem normalen der Bank liegen.

In den ersten 7 Monaten 04 wurden 900.000 t Obst für US\$ 420 Mio. exportiert. Die Menge stieg im Vergleich zur gleichen Vorjahresperiode um 4%, der Erlös um 10%.

Die Stadt Rosario hat in der Börse dieser Stadt die Ausschreibung für die Konzession eines Grundstückes von 60.400 qm. auf 15 Jahre, mit eventuellen 5 Zusatzjahren, eingeleitet, das bisher dem Landwirtschaftsverband Sociedad Rural zugeschlagen worden war. Das Gelände muss für Ausstellungen u.dgl. verwendet werden.

Durch Gesetz 25.921 (Amtsblatt vom 26.8.04) wurde bestimmt, dass Einheitssteuerzahler, die im Einzelhandel tätig sind, die Zahlung in Form von Bankübertragungen annehmen müssen, die durch Kreditkarten erfolgen, die im Rahmen des Dekretes 696/04 geschaffen worden sind. Es handelt sich um die Karten, die denjenigen ausgehändigt werden, die die Subvention von \$ 150 monatlich erhalten. In diesem Fall muss das Schatzamt 15% des Betrages zurückgeben, die dem MwSt.-Konto der AFP angelastet werden.

Die Firma Massuh hat eine neue Maschine für US\$ 2,5 Mio. in ihrer Fabrik in San Luis in Betrieb genommen, die die Qualität des Papiers erhöht.

Die Firma Maccari, die Landmaschinen erzeugt, hat die Eröffnung einer neuen Fabrik in Cañada de Gomez, Provinz Santa Fé, angekündigt,

in der sie Saatmaschinen für direkte Aussaat herstellen wird. In der Technologie der direkten Aussaat (ohne Pflug, bei der nureine Rille in der Erde gemacht wird) ist Argentinien weltweit führend.

Der Index über das finanzielle Risiko, der von der Consulting-Firma Ecolatina berechnet wird (die von Wirtschaftsminister Roberto Lavagna gegründet und jetzt von seinem Sohn Marcos geführt wird), ist zum ersten Mal unter 1.000 Punkte gesunken. Dieser Index wird auf der Grundlage der Rentabilität der Staatspapiere berechnet, die sich nicht im Defaultzustand befinden, die mit der Rentabilität der USA-Schatzscheine auf 30 Jahre verglichen wird. 1.000 Punkte bedeuten, dass der effektive Zinssatz bei den argentinischen Staatspapieren um 10 Prozentpunkte höher liegt.

In Mengen nahmen die Exporte im 2. Quartal 04 um 1,3% ab, aber die Durchschnittspreise stiegen um 15,8%, so dass sich wertmässig eine Zunahme ergab. Im 1. Halbjahr 04 wiesen die Exporte mit US\$ 16,57 Mrd. eine Zunahme von 11,4% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode auf, wobei die Mengenzunahme nur 1,3% betrug.

Wechselstuben haben in den letzten Tagen eine Zunahme der lokalen Nachfrage nach US-Banknoten bemerkt.

Der Präsident der Kammer der Exporteure, Enrique Mantilla, gab bekannt, dass beim lokalen Patentamt 20.000 Anträge vorliegen, deren Bearbeitung und Annahme oder Ablehnung beim gegenwärtigen Arbeitsrhythmus des Amtes etwa zehn Jahre beanspruchen würde. Dies sei ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung, das sich auch auf den Export auswirke.

Die Firma Methanex, der grösste Methanol-Produzent der Welt, der schon drei Anlagen in Chile betreibt, erwägt die Möglichkeit, die nächste in Rio Grande, Feuerland, zu errichten, bei einer geschätzten Investition von US\$ 400 Mio. Das Gas soll von Total geliefert werden.

Das Energiesekretariat hat durch Beschluss 842/04 (Amtsblatt vom 26.8.2004) eine Erhöhung der Stromtarife ab 1. September und bis Ende Oktober verfügt, so dass die Schuld von Cammesa, das den Grossistenmarkt für Strom verwaltet, mit den Wärmekraftwerken, die auf \$ 620 Mio., gestiegen, ist nicht weiter zunimmt. Cammesa hat die Preisdifferenz zwischen Gas und Heizöl vergütet. Die Nettozunahme für die Kraftwerke beträgt etwa 30%, wobei die effektive Zunahme bei Unternehmen für kleinen und mittlere von 7% bis 15% geht, bei grösseren Unternehmen von 15% bis 30% (im Durchschnitt etwa 20%) und bei kleinen Haushal-

ten nur bis zu 2% betragen wird.

Antonio Cao, lokaler Präsident der französischen Casino, die Supermärkte u.a. Einzelhandelsgeschäfte betreibt, erklärte, die Firma werde nächstes Jahr in Buenos Aires und Umgebung 20 Diskontgeschäfte ihrer Kette „Leader Price“ eröffnen. Dies stellt eine Investition von \$ 25 Mio. dar und bedeutet eine Verdopplung der bestehenden Lokale der Firma. Das Unternehmen konkurriert mit „Dia“ und „Eki“, die zusammen 550 Lokale betreiben, mit dem Unterschied, dass 70% der verkauften Produkte aus eigenen Marken bestehen.

Der Rat der Beschäftigung, der Produktivität und des beweglichen lebensnotwendigen Mindestlohnes trat am Donnerstag unter dem Vorsitz von Arbeitsminister Tomada zum ersten Mal zusammen. Die Unternehmer sollen angeblich bereit sein, den Mindestlohn von \$ 350 auf \$ 425 monatlich (oder \$ 2,12 pro Stunde) anzuheben. Das soll eine effektive Erhöhung für 350.000 Arbeitnehmer bedeuten, da der Rest schon ab Dezember 2001, als der Mindestlohn \$ 200 betrug, entsprechende Zulagen erhalten hat.

Das Parlament der Provinz Buenos Aires hat eine schrittweise Kapitalerhöhung der Provinzbank (BAPRO) von \$ 1,5 Mrd. im Laufe von 12 Jahren verfügt. Der Betrag soll vornehmlich aus Gewinnen der Bank stammen, wobei für dieses Jahr eine Kapitalerhöhung von \$ 50 Mio. vorgesehen ist und dann, nach zwei Jahren ohne Kapitalerhöhung, eine von \$ 168 Mio. im Jahr 2007. Sollte die Bank keinen Gewinn ausweisen, so werde die Provinz das Geld beitragen. Die BAPRO hat Aktiven von \$ 22 Mrd. und schuldet der ZB \$ 4,9 Mrd. Bankpräsident Jorge Sarghini wies darauf hin, dass die Bank dieses Jahr praktisch ohne Gewinn oder Verlust abschliessen werde, da sie in den ersten Monaten einen Verlust ausweist, aber dann von Mai bis Juli \$ 57 Mio. Gewinn hatte.

Der lokale Vertreter des IWF, John Dodsworth, erklärte, trotz Hinausschiebung der dritten Revision des Abkommens mit Argentinien, würden die Besprechungen weitergeführt. Wirtschaftsminister Lavagna erklärte hingegen, er konzentriere sich jetzt auf die Umschuldung der Defaultschuld, und wolle nicht, dass die Verhandlungen über die dritte Revision und die Ziele für das zweite Jahr des Abkommens (das im Oktober 2004 beginnt) als Störungsfaktor auftreten. Dennoch könne man bei den geforderten Reformen schon jetzt Fortschritte erwarten.

Der IWF-Vertreter Dodsworth erklärte, Fondsdirektor De Rato werde vor seiner Abreise die Stellungnahme des Fonds zur Hinausschiebung von Zahlungen in Höhe von einer Milliarde Dollar um ein Jahr bekanntgeben. So weit bekannt ist,

wird der IWF zustimmen, sofern sich die argentinische Regierung verpflichtet, die Zahlungen, die sich nicht hinausschieben lassen, die US\$ 1,5 Mrd. ausmachen, pünktlich zu leisten.

Die italienische Deputiertenkammer hat mit 400 gegen 40 Stimmen einen Vorschlag angenommen, der in der Schaffung einer Kommission besteht, die die Rolle der italienischen Banken bei der Unterbringung argentinischer Staatsbonds untersuchen soll. Es geht um die These der „Mitverantwortung“, was praktisch in Zahlungen an die Bondsinhaber zum Ausdruck käme, die zumindest einen Teil des Verlustes decken. Die Banken hätten angeblich ihre Kunden nicht auf das hohe Risiko aufmerksam gemacht, das beim Kauf argentinischer Staatspapiere bestand. Indessen sollte es für die Käufer der Bonds von vorne herein klar gewesen sein, dass die Banken keinerlei Garantien gegeben haben, wobei die hohe Verzinsung allein schon ein unübersehbares Zeichen des hohen Risikos war. Der Fall wurde in Italien angesichts der hohen Zahl der Sparer, die um ihr Geld gekommen sind, im Hinblick auf die Wahlen politisiert.

Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat im 1. Halbjahr 2004 550.000 Steuerzahler kontrolliert und dabei eine Schuld von \$ 3,21 Mrd. ermittelt, die auf angebliche Hinterziehung oder eine nicht zulässige Auslegung der Steuerbestimmungen zurückzuführen ist. Vom Gesamtbetrag entfallen \$ 1,06 Mrd. auf Grossunternehmen. Davon entfallen \$ 327 Mio. auf Betreiber privatisierter öffentlicher Dienste, \$ 161 Mio. auf Supermärkte, \$ 127 Mio. auf Kfz-Unternehmen, \$ 73 Mio. auf Banken u.a. Finanzanstalten, \$ 44 Mio. auf Transportunternehmen, \$ 43 Mio. auf Unternehmen, die sich mit Forschung und Entwicklung von Produkten befassen (?) und \$ 35 Mio. auf Erdölunternehmen. Das Steueramt war dieses Jahr aktiver als im Vorjahr, als im ganzen Jahr 586.600 Fälle untersucht und eine Schuld von \$ 4,72 Mrd. festgestellt wurde.

Bundesrichterin Claudia Rodriguez Vidal hat die provisorische Massnahme, durch die das Dekret aufgehoben wurde, durch das die Regierung der Firma Metropolitana die Konzession für die San Martín-Eisenbahn entzogen hat, in definitiv verwandelt. Der Rekurs, den das Transportsekretariat, geleitet von Ricardo Jaime, eingebracht hatte, wurde abgelehnt. Das Urteil gründet sich auf grobe Fahrlässigkeit und Nichterfüllung prozessualer Bestimmungen von Seiten der Staatsanwälte. Die Regierung muss jetzt Berufung bei der Kammer einbringen.

Die Zeitung „Clarín“ berichtet, dass die Hypothekbank über den Kauf der lokalen Filiale der italienischen „Banca Nazionale del Lavoro“ verhandelt, die schon ihrer Rückzug

aus ganz Lateinamerika eingeleitet hat. Ebenfalls soll die französische Bank „Société Generale“ angeblich ihre argentinische Filiale zum Verkauf anbieten.

Per Ende 03 hatten die lokalen Banken insgesamt Depositen in Höhe von \$ 84,81 Mrd. gegen \$ 67,90 Mrd. Ende 02. Die staatlichen Banken hatten Ende 2003 Depositen von \$ 39,41 Mrd. (gegen \$ 29,38 Mrd. 2002), die ausländischen Banken von \$ 29,54 Mrd. (\$ 27,02 Mrd.), und die privaten lokalen Banken von \$ 15,86 Mrd. (\$ 11,49 Mrd.). Seit der Abwertung von Anfang 2002 sind die Privatbanken im Besitz lokaler Aktionäre stark vorgezogen, u. a. durch Kauf der Filialen ausländischer Banken. Bansud (USA) wurde von Macro gekauft, ScotiaBank-Quilmes von Macro und Comafi, Sudameris (Italien) und Lloyds (England) von Patagonia. Die Suquia-Bank (Frankreich) soll auch von Macro gekauft worden sein. Bei Bersa und Bisel (Frankreich), die zunächst von der Banco Nación verwaltet werden, ist der Verkauf noch nicht abgeschlossen.

Für August schätzt die AFIP die Einnahmen aus Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren auf \$ 8,5 Mrd., um 40% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Der Nationaldirektor für Milchwirtschaft im Landwirtschaftssekretariat, Juan José Linari, erklärte, die Milchproduktion werde dieses Jahr die von 2003 um 20% übertreffen. Da der Konsum sich jedoch nicht erholt, wird mit Rekordexporten für US\$ 500 Mio. gerechnet. Der Konsum pro Kopf beträgt gegenwärtig 180 Liter, lag jedoch Mitte der 90er Jahre bei 230 Liter. Die Industrie habe ihre Kapazität bei der Erzeugung von Trockenmilch erschöpft; aber bei anderen Produkten könne die Produktion noch erhöht werden.

Die Banco Nación hat Kredite zwischen \$ 10.000 und \$ 200.000 auf 10 Jahre zum Vorzugszinssatz für Arbeitnehmer und Pensionäre bis zu 65 Jahren angekündigt, die für die Tilgung von Schulden gegenüber Finanzanstalten eingesetzt werden können.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Im Vorfeld der Umschuldung

Nächste Woche kommt der frühere spanische Wirtschaftsminister Rodrigo de Rato, neuerdings Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, erstmals in dieser Eigenschaft für einen eintägigen Besuch nach Buenos Aires auf der Reise von Brasilien nach Chile. Zur Diskussion steht die Verlängerung mehrerer Fälligkeiten Argentiniens mit dem Fonds für rund US\$ 1,0 Mrd. bis Ende 2004. Offenbar ist der Fonds bereit, auf das Verlängerungsgesuch Argentiniens einzugehen.

Andererseits verlautete in der Presse („Infobae“, 24. August), dass der Fonds keinesfalls bereit sei, die jetzige Klausel des Standbyabkommens bis 2013 zu verlängern, nach der der Fonds argentinische Kapitaltilgungen zurückzahlt, sofern die jeweiligen Quartalsrevisionen im Fondsdirektorium gebilligt werden. Zinszahlungen werden nicht zurückgezahlt. Die Fondsleitung und die massgebenden Regierungen der G 7, die die Stimmenmehrheit beherrschen, bestehen darauf, dass Argentinien die hohe Schuld mit dem Fonds sukzessive abbaut. Hierfür müsste das Land neuen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt gewinnen, um mit der Auflage neuer Bonds die Schuld gegenüber dem Fonds zu tilgen. Das setzt freilich eine gütliche Einigung in der Umschuldung voraus.

Der Umschuldungsvorschlag mit drei neuen Bonds (Par, Quasi-Par und Diskont) zu verschiedenen Karenzperioden, Laufzeiten und Zinssätzen wird gegenwärtig von der Wertschriftenkommission der USA (englisches Kürzel SEC) zwecks Zulassung zum Wertpapierhandel geprüft. In der Presse („Clarín“, 24. August) verlautete, dass die Billigung durch die SEC sich verzögern könnte, weil die Angaben über die angelaufenen Zinsen, die auch umzuschulden sind, unklar seien. Das Wirtschaftsministerium konterte am nächsten Tag mit einem Communiqué, dass nichts dergleichen vorliege, so dass mit dem Abschluss der SEC-Amtsschritte für Anfang September gerechnet werde, damit anschliessend der endgültige Umschuldungsvorschlag auf einer Englisch „road show“ genannten Reise der Spitzenbeamten des Wirtschaftsministeriums ohne Minister Lavagna vorgetragen werden kann. Nach Ablauf eines noch unbekanntem Termins soll die Regierung erfahren, wie hoch die Zustimmung zum Vorschlag ausfällt. Offenbar erwartet die Regierung mindestens 70%. Bei höherer Zustimmung vermehrt sich das Kontingent der Par-Bonds von US\$ 10 Mrd. auf US\$ 15 Mrd.

Unterdessen regen sich die Vertreter mehrerer Bondsinhaber. Die im englischen Kürzel als GCAB

bekannt Newyorker Gruppe mit italienischer Unterstützung, geführt von Nicola Stock und Hans Humes, lehnt den Vorschlag rundweg ab. Stock empfahl dem Fonds in einem Pressegespräch („La Nación“, 25. August), die Verlängerung der Fälligkeiten Argentinens bis zum Jahresende abzulehnen. Die Gruppe, die angibt, Bonds in Default für US\$ 37 Mrd. zu vertreten, nahezu die Hälfte des Schuldkapitals von US\$ 80 Mrd. ohne angelaufene Zinsen, hat zudem die Newyorker Finanzanstalt Bearn & Stearns und die Anwaltskanzlei White & Case beauftragt, ihre finanziellen bzw. juristischen Interessen zu vertreten. Die Anwaltskanzlei hat Minister Lavagna schriftlich zur Verhandlung aufgefordert, was letzterer ablehnte, nachdem bereits über 60 Konsultationen mit allerlei Bondsinhabern abgehalten worden seien.

Die im englischen Kürzel als ABRA bekannte Gruppe, für die Professor Adam Lerrick der Carnegie-Mellon Universität und José Angel Gurria, ehemaliger Finanzminister Mexikos, mit der Regierung verhandeln, vertritt Bondsinhaber aus Deutschland, der Schweiz, Holland und Österreich für angeblich US\$ 1,2 Mrd.. ABRA ist mit GCAB auch liiert, aber formell im Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium.

Mehrere Themen stehen zur Diskussion. Ob die Regierung bereit sein wird, eine Barzahlung zu leisten, die sie bisher ablehnt, wird stets als möglich erachtet, sicherlich in Hinblick auf die Rückzahlung der Kapitaltilgungen des Fonds. Auf diese Barzahlung sind die Finanzberater, Rechtsanwälte und Unterhändler stets erpicht, zu sie ihre Honorare kassieren können. Vorerst gibt es diesbezüglich kein grünes Licht.

Des weiteren soll geklärt werden, was geschieht, wenn die Zeichnungen der neuen Bonds höher als die vorgesehenen Kontingente ausfallen. In der Presse („El Cronista“, 23. August) wird vorweggenommen, dass „pari passu“ vorgegangen werden wird, indem bei Überzeichnung die anderen beiden Bonds proportionell zugeschlagen werden. Bei der SEC müsste diese Frage geklärt werden, über die sich das Wirtschaftsministerium bisher offiziell ausgeschwiegen hat. Angeblich soll der Par-Bonds von individuellen Bondsinhabern gezeichnet werden, der Quasi-Par Bonds von den argentinischen Rentenanstalten AFJP und die Diskont Bonds von US-Investment-Fonds.

Allerdings darf die Regierung formell nicht diskriminieren, so dass diese Verteilung nur auf Vermutungen beruht.

Die Rentenfonds AFJP sollen angeblich geneigt sein, die Quasi-Par Bonds in Pesos zu \$ 1,40 je US\$ plus Wertberichtigung CER und 5,57% Zinssatz zu zeichnen, bestehen aber darauf, dass die Laufzeit auf unter 20 Jahre verkürzt wird, wie die Umschuldung damaliger garantierter Darlehen durch die Nación AFJP als einzige Rentenanstalt Anfang 2002, und dass die Steuergarantie der Schecksteuer auch für die neuen Umschuldungsbonds gelten soll. In der Eingabe der Regierung an die SEC ist keinerlei Steuergarantie vorgesehen.

Ausserdem bemühen sich die Geschäftsführer der AFJP um eine gesetzliche Entlastung ihrer Verantwortung vor Gericht, damit sie nicht von künftigen Rentnern verklagt werden, weil sie auf Dollarbonds verzichtet haben, indem sie Quasi-Par Bonds ohne Steuergarantie anstatt Dollar-Bonds zeichnen. Bisher hat weder die Regierung noch der Kongress die geringste Neigung gezeigt, eine solche Entlastung der Verantwortung für AFJP-Geschäftsführer zu genehmigen. Immerhin verwalten diese Rentenanstalten annähernd US\$ 18 Mrd. Bonds in Default, die für eine Mehrheit der Zustimmung sicherlich entscheidend sein werden.

Unterdessen mehren sich die Klagen vor ausländischen Gerichten gegen die Regierung. In USA gibt es bereits 34 Klagen für angeblich rund US\$ 1,0 Mrd., unbeschadet der Sammelklage, Englisch „class action“, für US\$ 3,9 Mrd., die dem Newyorker Richter Griesa vorliegt. In Italien laufen 6 Klagen für E 64 Mio. und in Deutschland 100 Klagen für E 56 Mio.

Minister Lavagna kontert, dass der argentinische Staat keine pfändbare Aktiven im Ausland besitzt, und neuerdings auch mit möglichen Gegenklagen, wofür der Konkurs des italienischen Milchkonzerns Parmalat mit Niederlassung in Argentinien herangezogen wird. Ein Richter hat in Italien die Banken, die seinerzeit Obligationen von Parmalat untergebracht haben, als mitverantwortlich erklärt, weil sie gewusst haben sollen, dass die Firma zahlungsunfähig war.

Dass dieses Argument sich schlussendlich durchsetzt, erscheint freilich abwegig. Argentinische Bonds, heute in Default,

waren damals in Italien, Deutschland und Japan gefragt, weil sie zweistellige Zinssätze anboten, als in Europa und Japan Marktsätze für vergleichbare Schuldverschreibungen die Hälfte oder we-

niger ausmachten. Die neue Währung Euro bewirkte bekanntlich eine fühlbare Zinssenkung in Europa auf deutsche Verhältnisse, während in Japan noch niedrigere Verzinsungen galten.

Der hohe Überschuss der Staatsfinanzen

Das nationale Schatzamt hat für Juli einen primären Überschuss (also ohne Zinsen) der Staatsfinanzen von \$ 1,65 Mrd. erzielt, womit in den ersten 7 Monaten \$ 13,44 Mrd. erreicht worden sind. Für das ganze Jahr 2004 kann man somit mit etwa \$ 20 Mrd. rechnen, etwa doppelt so viel wie im Abkommen mit dem IWF vereinbart wurde (\$ 10,5 Mrd.). Gleichzeitig weisen die konsolidierten Zahlen der Provinzen für das erste Halbjahr 2004 einen primären Überschuss von \$ 5,93 Mrd. aus, gegenüber \$ 1,91 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode, so dass für das ganze Jahr mit \$ 9 Mrd. gerechnet werden kann, gegen einen mit dem IWF verpflichteten Überschuss von \$ 9 Mrd. In Prozenten des BIP würden die primären Überschüsse beim Natio-

nalstaat bei 4,5% und bei den Provinzen bei 2,1% liegen, gegenüber 2,4% und 0,6%, die mit dem Fonds vereinbart worden waren.

Bei diesen Ergebnissen kann man erwarten, dass sowohl der Nationalstaat, wie die Provinzen im ganzen Jahr 2004 nicht nur einen primären Überschuss haben werden, sondern darüber hinaus noch einen gesamten. Die Provinzen müssen in diesem und dem nächsten Jahr Schulden gegenüber der ZB in Höhe von \$ 7,5 Mrd. tilgen, die in den Krediten bestehen, die ihnen die ZB zwecks vorzeitigem Rückkauf der monetären Bonds gewährt hat. Das sollte jetzt kein Problem sein.

Die hohen Überschüsse sind eine direkte Folge der stark gestiegenen Fiskaleinnahmen, die durch den bedeutenden Anstieg des

Bruttoinlandproduktes ab Mitte 2003, der ebenfalls stark erhöhten Liquidität (u.a. auch wegen der Auszahlung der Provinzbonds) und der hohen Preise für die Exportprodukte herbeigeführt wurde. Das Schatzamt konnte von den Exportpreisen in doppelter Weise profitieren: einmal durch die Exportzölle, und dann auch wegen der hohen Zahlungen der Gewinnsteuer, die besonders die Erdölfirmen zahlten, aber dann auch Landwirte u.a., deren Gewinn vom Export abhängt.

Diese Lage hat schon zu Ausgabensteigerungen geführt. Bei den Provinzen liegen die Ausgaben im ersten Halbjahr um 15% über dem Vorjahr; beim Nationalstaat war die Zunahme gut doppelt so hoch. Voraussichtlich werden die Fiskaleinnahmen in den letzten 5 Monaten des Jahres relativ geringer ausfallen, und die Ausgaben höher sein, so dass der monatliche Überschuss geringer sein wird.

Hohe Überschüsse regen sofort den Druck auf Erhöhung der laufenden Ausgaben und der Staatsinvestitionen an. Es gibt viele zurückgestaute Ausgaben, wie bei Gehältern und Instandhaltung, die jetzt vorgebracht werden. Im Haushalt für 2004 wirken sie sich dann nur für drei oder vier Monate aus, aber 2005 dann für das ganze Jahr. Bei öffentlichen Bauten ist es viel schlimmer, da diese am Anfang nur geringe Mittel beanspruchen, dann jedoch eine stark steigende Tendenz aufweisen. Lavagna ist zum Glück ein sehr ausgabenbewusster und harter Wirtschaftsminister. Dennoch besteht die Gefahr, dass er einfach überannt wird, da praktisch sämtliche Politiker für höhere Ausgaben eintreten und die Baufirmen grossen Druck ausüben, damit mehr öffentliche Bauten in Angriff genommen werden.

Bei diesen Ergebnissen sollten die Auflagen des Gesetzes über Fiskalverantwortung relativ leicht zu erfüllen sein, zumindest was den Überschuss betrifft. Das Gesetz sieht indessen auch eine Begrenzung der Ausgaben vor, die jetzt gefährdet erscheint. Ebenfalls sollte es kein Problem geben, den mit dem IWF verpflichteten Primärüberschuss für das zweite Jahr des Dreijahresabkommens vom September 2003 höher anzusetzen, sofern dies notwendig sein sollte. Eigenartigerweise werden vom Schatzamt keine Zahlen über die Zinslast gegeben, für deren Zahlung der primäre Überschuss bestimmt ist, so dass man nicht

weiss, wann der echte Überschuss beginnt.

Man soll jedoch nicht vergessen, dass in diesem und den kommenden Jahren ein zunehmender Betrag von Staatsschulden verfällt. Die konsolidierte Staatsschuld macht jetzt um die US\$ 180 Mrd. aus, was mit nicht konsolidierten Schulden und neuen Schulden, die aus verlorenen Prozessen entstehen, etwa US\$ 200 Mrd. ausmacht. Auch wenn jetzt infolge der Umschuldung der der Staatsschuld in Default etwas über US\$ 60 Mrd. gestrichen werden, verbleibt noch ein Betrag von einer Grössenordnung von US\$ 140 Mrd., so dass man auf alle Fälle, auch mit einer langen Karenzfrist bei den neuen Staatspapieren für die Bondsinhaber in Default, mit einer jährlichen Amortisation von über US\$ 5 Mrd. rechnen kann, was \$ 15 Mrd. ausmacht.

Ein Teil davon sollte mit echten Einnahmen getilgt werden, so dass deutlich gezeigt wird, dass die Staatsschuld abnimmt und seriös gewirtschaftet wird. Der Rest muss dann durch Ausgabe neuer Staatspapiere gedeckt werden. Da jedoch in den kommenden Jahren keine Möglichkeit besteht, neue Bonds auf dem internationalen und dem lokalen Kapitalmarkt auszugeben, dürften diese Titel dann an Gläubiger des Staates übergeben werden, die keine andere Wahl haben, als sie entgegenzunehmen. Es handelt sich hier um Lieferanten und Unternehmen, die öffentliche Bauten durchführen, dann aber auch um nicht konsolidierte Schulden und um Beträge, die sich aus verlorenen Prozessen ergeben. Sofern diese Titel ein annehmbares Disagio haben, ist der Konflikt, der sich dabei ergibt, tragbar. Allein, um dies zu erreichen ist es gut, wenn der Staat weniger neue Titel ausgibt, als er alte bei Verfall tilgt.

In früheren Zeiten wurde das Defizit mit Vorschüssen der Zentralbank, lies Geldemission, finanziert. Das erscheint jetzt nicht mehr möglich, da inflationäre Impulse sich viel schneller auswirken, weil die psychologische Reaktion der Bevölkerung nach der Inflationserfahrung anders als früher ist. Abgesehen davon sollte die Emission, sofern sie die Geldnachfrage deckt (die durch das Wirtschaftswachstum und gelegentlich, wie 2002 und 2003, durch ungenügende Geldversorgung entsteht) durch Anhäufung von Devisenreserven und für den Banksektor bestimmt sein, nicht aber für den Staat.

SECARROPAS CENTRIFUGO

KOH-I-NOOR

- 2.800 R.P.M. • TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
- EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD



Clásico

Capacidades:
4,2 kg. - 5,2 kg. - 6,2 kg.

AGERO

Capacidades:
4,2 kg. - 5,2 kg. - 6,2 kg.

VISION

Capacidad: 5,2 kg.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Projekt einer Rahmenordnung für öffentliche Dienstleister

Die Regierung hat dem Parlament ein Gesetzesprojekt zukommen lassen, das sich auf eine Rahmenordnung für die Unternehmen bezieht, die öffentliche Dienste leisten, die sie vom Staat in den 90er Jahren übernommen haben. Erdöl und seine Derivate sind dabei ausgeschlossen. Für diesen Fall wurde ein Sondergesetz in Aussicht gestellt, das bitter notwendig ist, damit die Erdölunternehmen wissen, woran sie sich in Zukunft zu halten haben, so dass sie eine Berechnungsgrundlage für Investitionen haben. Es ist auf alle Fälle ein Fortschritt, dass es jetzt für Strom, Gas, Wasser, Telefonie, Personentransport (Eisenbahn, U-Bahn, Omnibusse und Taxis), Häfen und Flughäfen und eventuell auch Post Richtlinien geben wird.

Es soll keine automatischen Tarifierhöhungen geben, wie es in einigen Fällen bis Ende 2001 der Fall war, sondern nur allgemeine Kriterien, um die Tarife festzusetzen. Seit dem 1. Januar 2002, als die alte Rahmenordnung durch Notstandsgesetz ausser Kraft gesetzt worden war, gab es überhaupt kein Kriterium. Die Regierung hatte die Tarife eingefroren und in einigen Fällen Ausnahmen gemacht, aber auf einer willkürlichen Grundlage. Unter diesen Umständen waren nicht nur Investitionen kaum möglich, sondern auch die normale Instandhaltung wurde beschränkt, weil die Tarife in vielen Fällen nicht ausreichten.

Die Tarife sollen "gerecht und vernünftig sein", im Rahmen des unternehmerischen Risikos und gemäss Qualität, Sicherheit und Effizienz, wie sie in den Lastenheften der Ausschreibungen vorgesehen sind. Der Betreiber soll

eine angemessene Rentabilität auf das Eigenkapital erhalten, wobei als "angemessen" eine solche betrachtet wird, die ähnlich derjenigen ist, die bei anderen ähnlichen Tätigkeiten und bei ähnlichem Risiko wie im Land oder im Ausland besteht. Die Tarife sollen operative Kosten und Effizienz berücksichtigen, sowie auch die Expansion des Dienstes, ausserordentliche Umstände und steuerliche Neutralität (?). All das ist zu allgemein gehalten, als dass es den Unternehmen eine gewisse Sicherheit für Investitionen geben würde.

Es bestehen im Prinzip für öffentliche Dienste drei Möglichkeiten:

1. Bei denjenigen, bei denen Konkurrenz besteht, können die Tarife frei sein, ganz oder in Grenzen, oder nur ausnahmsweise festgesetzt werden. Das ist bis zu einem gewissen Grad beim Personentransport, bei den Häfen und bei der Telefonie der Fall, hier umso mehr, als die Mobiltelefone so stark zugenommen haben. Beim Telefonwesen geht es eigentlich nur um die Verwendung des Kabelnetzes durch Dritte, von denen der Betreiber eine Gebühr fordert, die der Staat festsetzen muss.

2. Bei monopolischen Dienstleistungen können die Tarife auf der Grundlage der Kosten plus eine bestimmte Rentabilität festgesetzt werden. Hier können effektive Kosten oder theoretische Kosten genommen werden, die sich aus einer sogenannten polynomischen Formel ergeben. Dabei muss dann die Rentabilität auf das Kapital festgesetzt werden.

3. Die andere Möglichkeit besteht darin, Tarife in Dollar oder

konstanten Pesos festzusetzen, wobei diese im letzten Fall auf der einen Seite indexiert werden, und auf der anderen jährlich um gewisse Prozentsätze verringert werden, in denen die Effizienz zunehmen zum Ausdruck kommen. Die Weltbank empfahl früher das System 2, ist jedoch schon seit etwa zwei Jahrzehnten auf das System 3 übergegangen, weil dieses einfacher ist und Effizienzfortschritte anspricht. Das System 2 wurde in Argentinien bei den Stromwerken Segba und Italo angewendet, und hat in der Tat schlecht funktioniert. Das System 3 hingegen, wurde bei der Telefonie während 8 Jahren mit Erfolg angewendet.

Das neue Projekt kehrt jetzt zum System 2 zurück, aber in höchst unpräziser Weise. Investitionen sind dann nur möglich, wenn der Staat die Mittel ganz oder zum grossen Teil zur Verfügung stellt. Tatsache ist jedoch, dass der Staat nicht über diese Mittel verfügt.

Abgesehen davon wird ein subventionierter Dienst geschaffen, der "solidarisch" benannt wird. Auf die Rechnungen wird eine Gebühr von 2% erhoben, um einen Fonds zu speisen, mit dem der Dienst für arme Konsumenten (die vom Ministerium für soziale Entwicklung als solche eingestuft worden sind) verbilligt werden soll, wobei in diesem Fall auch die MwSt. geschenkt wird. Die Grunddienste (Wasser, Strom und Gas) dürfen nicht unterbrochen werden. Es wird angenommen, dass der solidarische Fonds dafür aufkommt. Man kann sich schwer vorstellen, wie so etwas funktioniert; denn wenn der Dienst nicht abgebrochen werden kann, dann wird dies von Vielen als ein Anreiz interpretiert, um nicht mehr zu zahlen.

Das Projekt behält die öffent-

lichen Audienzen bei, die eine absurde und verfassungswidrige Einrichtung sind. Denn die Verfassung schreibt vor, dass das Volk nur über die (gewählten) Vertreter regiert. Diese Audienzen werden von linken Kreisen und Konsumentenvereinen beherrscht, die sich prinzipiell jeglicher Tarifierhöhung widersetzen, wobei sie die Investitionen und die zukünftige Versorgung überhaupt nicht interessieren. Dabei kommt oft auch der Wunsch nach rückverstaatlichung zum Ausdruck, als ob der Staat, als er die öffentlichen Dienste betrieb, dabei nicht jämmerlich versagt hätte, mit hohen Defiziten und einem mangelhaften Dienst. Die Tarifpolitik ist eine vornehmlich technische Angelegenheit, die als solche behandelt werden muss. Die Politisierung dieser Problematik, wie sie seit Anfang 2002 vollzogen wird, macht echte Lösungen unmöglich.

Von allen öffentlichen Diensten ist die Stromwirtschaft der kritische Fall. Wenn es viel regnet, kann für 2005 mit einer angemessenen Versorgung gerechnet werden. Aber 2006 und 2007 sind dann sehr wahrscheinlich Knappheitserscheinungen zu erwarten. Die Kapazitätserhöhung von Yacyretá ist mit viel Glück 2008 fertig. Das Kernkraftwerk Atucha II dürfte auch nicht vorher in Betrieb genommen werden, sofern die bestehenden Probleme sofort gelöst werden. Wenn jetzt ein Wärmekraftwerk in Angriff genommen wird, wird es sich auch nicht vor 2008 in Betrieb befinden. Ein Programm, um die Leistung der bestehenden Betriebe zu erhöhen, was schneller und billiger wäre, gibt es auch nicht. Eine Stromkrise erscheint somit mittelfristig als unvermeidlich, was sich auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken wird.